

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Postbetrag 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postwertzeichen. Auslandsendungen 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Zollschenkel 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und in Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Lehmit“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einspalt. Kongressbeilage 80 Pf. Beilagezeitung 5.— M. „Kleine Weltanschauung“ das festgedruckte Wort 25 Pf. täglich zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pf. Kabarett u. Satire. Streifenbeilage das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro (Sindensirke 2.) wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. Dide.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Ein Mahn- und Warnruf.

Der AfA-Bundesvorstand an die Regierung.

Die durch die Kreditkrise geschaffene neue Situation ist vom AfA-Bundesvorstand in eingehenden Beratungen erörtert worden. Das Ergebnis seiner Stellungnahme ist ein ernster Mahn- und Warnruf an die Regierung.

Der Bund verlangt zu Vermeidung von Wiederholungen ähnlicher Katastrophen auf dem Geld- und Kapitalmarkt, wie wir sie soeben schauerlich genug erlebt haben, beschleunigte Reform des Aktienrechtes, Schaffung einer durchgreifenden Monopolkontrolle, ständige Wirtschaftsprüfung und Errichtung eines zentralen Bankenausschusses. Das Eingreifen des Reiches dürfte sich nicht auf die Sicherstellung privater kapitalistischer Interessen beschränken, es müsse vielmehr zu einer positiven Lenkung des Kapitalstroms nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten führen. Die Risikoübernahme durch die öffentliche Hand bedinge Einfluß und Kontrolle des Reiches über die sanierten Bank- und Industriebetriebe.

Der AfA-Bundesvorstand sieht mit der Wiederherstellung des technischen Bankverkehrs die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren noch keineswegs als überwunden an. Die durch die Juli-Krise noch vermehrte Massenarbeitslosigkeit verlange ausreichende soziale Unterstützung und die Bereitstellung der dazu erforderlichen Reichsmittel. Die Zusage der Reichsregierung, die in der Juni-Notverordnung enthaltenen Härten für die Sozial-, Kriegs- und Arbeitslosenrenten zu mildern, sei nun endlich einzulösen. Ebenso liege für die weitere Aufrechterhaltung der Notverordnung vom 18. Juli, die den Angestellten in Handel und Industrie eine Teilung ihrer bereits erarbeiteten monatlichen Gehaltsbezüge aufzwingt, keinerlei Grund mehr vor, nachdem der Geld- und Kreditverkehr für die Unternehmungen wieder hergestellt sei.

Gänzlich unhaltbar sei die Drosselung der Gemeindefinanzen, wie sie die Reichsregierung betreibt. Der hier beschrittene Weg müsse, wie die Ankündigungen des Städtetages zeigten, zur vollkommenen Verelendung der durch die kapitalistische Wirtschaft in Not geratenen breiten Volksschichten führen. Wollig unmöglich sei der Eingriff in das Tarifrecht der öffentlichen Arbeitnehmer in den Kommunen. Der Kampf der Gemeindearbeiter werde alle freien Gewerkschaften in solidarischer Verbundenheit mit ihrer Gewerkschaft finden.

Eine Entspannung der Wirtschaftskrise ist nach der Auffassung des AfA-Bundes nur durch einen sichtbaren Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zu erzielen. Jeder weitere Lohnabbau — betont der Bund mit besonderem Nachdruck — ist untragbar, solange die wiederholt versprochene Preissenkung für Lebensmittel und für die Grundstoffe der industriellen Produktion nicht wirklich durchgeführt ist; dabei wird die Regierung um einen entscheidenden Eingriff in die Kartellgewalten nicht herumkommen. Ebenso hat sich die anhaltende einseitige Begünstigung der Großlandwirtschaft als ein schweres Verhängnis erwiesen und erfordert eine entschiedene Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik mit ihren hohen Zöllen. Die Angestellten und Arbeiter sind nicht länger gewillt, immer neue Opfer zu bringen, wenn nun wiederum versucht werden sollte, durch weiteren Sozialabbau, Lohndruck und weitere steuerliche Massenbelastung ihnen die Kosten einer Krise aufzuerlegen, die einzig und allein dem Verfall der Wirtschaftsführung zur Last fällt.

Der AfA-Bund lenkt die Aufmerksamkeit der Angestellten auf die Tatsache, daß die der deutschen Wirtschaft verlorengegangenen 3 bis 4 Milliarden Auslandskredite auf dem Wege der nationalen Selbsthilfe nicht ausgeglichen werden können, ohne daß Angestellte und Arbeiter einem weiteren Lohnabbau und damit einer unerträglichen Senkung ihrer ohnehin dürftigen Lebenshaltung ausgesetzt werden. Internationale Finanzhilfe sei für Deutschland unerlässliche Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft und Entlastung des Arbeitsmarktes. Eine aktive Außenpolitik im Sinne der Völkerverständigung sei daher dringend nötig, in erster Linie eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich.

Die freien Gewerkschaften — so schließt der AfA-Bund seinen Warnruf — müssen es ablehnen, die Verantwortung für die Folgen weiterer Verelendung zu tragen, wenn ihre zur Entspannung der Wirtschaftskrise wiederholt gemachten Vorschläge von der Reichsregierung nicht beachtet werden. Der AfA-Bundesvorstand wird die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Angestellten für die ihnen aufzuzwingenden sozialen Kämpfe zu aktivieren.

Abbau am falschen Ort.

Der notverordnete Lohnkonflikt in den Gemeinden.

Heute nachmittag werden die telegraphisch zusammengerufenen Vertreter der Gemeindearbeiter über den Vorschlag des Reichsarbeitsministers die Entscheidung fällen.

Der Konflikt in den Gemeinden, der nichts von seiner Schärfe und Gefährlichkeit verloren hat, ist nicht zurückzuführen auf Gegensätze zwischen den Gemeinden und den Gemeindearbeitern, sondern auf die Notverordnung vom 5. Juni, die die sogenannte Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die Löhne vergleichbarer Reichsarbeiter vorschreibt. Die Gemeinden selbst stehen unter Zwang.

Als vergleichbare Reichsarbeiter für die Arbeiter der Elektrizitätswerke nimmt man nicht etwa die Arbeiter der Elektrizitätswerke, die sich im Reichs- oder Staatsbesitz befinden. Als Reichsarbeiter werden einzig angesehen die im unmittelbaren Reichsdienst stehenden Verwaltungsarbeiter, sowie die Arbeiter der Reichswehr und der Wasserstraßen. Da ja auch die Gemeindearbeiter zum großen Teil in städtischen Aktiengesellschaften beschäftigt werden, wollen wir einmal aufzeigen, in welchem Verhältnis die Löhne dieser Arbeiter zu den Löhnen der Arbeiter stehen, die in staatlichen Kraftwerken beschäftigt werden.

Im Großkraftwerk Zschornewitz beträgt der Stundenlohn des Handwerkers 89 Pf., des Angelernten 77 Pf., des Ungelernten 74 Pf. Zu diesen Sätzen werden Leistungszulagen nach der Höhe der Produktion gezahlt, so daß der tatsächliche Lohn etwa 10 Pf. die Stunde höher liegt. In Halle, das mit Zschornewitz bezüglich der Lebenshaltungskosten vergleichbar ist, beträgt der Stundenlohn des gelernten Gemeindearbeiters 78 Pf., des Ungelernten 63 Pf. In den Reichselektrizitätswerken von Zschornewitz erhalten also die vergleichbaren Arbeiter einen reinen Tariflohn, der um 11 Pf. höher liegt als der der Gemeindearbeiter in Halle, ungerechnet die Leistungszulagen.

In den Nordwestdeutschen Kraftwerken in Bismoor, Farge, Harburg und Lübeck hat der Handwerker einen Stundenlohn von 104 Pf., der Angelernte von 97 Pf., der Ungelernte von 90 Pf. In den vergleichbaren Gemeindebetrieben in Bremen beträgt der Stundenlohn des gelernten Gemeindearbeiters 90 Pf., des Ungelernten 79 Pf. Auch hier ist die Differenz zuungunsten der Gemeindearbeiter klar erkennbar.

In der hannoverschen Stromversorgung A.-G. hat der Handwerker einen Stundenlohn von 94 Pf., der Angelernte von 82 Pf. Bei der Stadt Hannover hat der gelernte Gemeindearbeiter einen Stundenlohn von 91 Pf., der Ungelernte von 71 Pf. Kechnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen Reichs- und Staatsselektromerken.

Warum zieht man nicht die Löhne dieser wirklich vergleichbaren Arbeiter als Grundlage einer eventuellen Lohnregelung heran? Es ist grotesk, wenn man zum Beispiel die Arbeiter der Müllabfuhr, die eine außerordentlich schwere und gesundheitschädliche Arbeit verrichten müssen, als gleichwertig hinstellt mit Arbeitern, die etwa die einzustampenden Akten der Reichsbürokratie wegzuräumen haben. Wo gibt es einen Reichsarbeiter, der vergleichbar wäre mit den Arbeitern der Stadtentwässerung, das heißt, den Arbeitern, die die Kanäle in Ordnung halten müssen?

Es wird auch der Versuch gemacht, die angeblich hohen Löhne der Gemeindearbeiter verantwortlich zu machen für das Defizit der Gemeinden, das gegenwärtig nach offiziellen Angaben 800 Millionen Mark beträgt. Die gesamte Lohnsumme der 315 000 Gemeindearbeiter beträgt aber jährlich nur 700 bis 750 Millionen Mark! Der Gesamtjahreslohn aller Gemeindearbeiter erreicht also noch nicht die Höhe des Defizits der Gemeinden. Das Defizit der Gemeinden ist entstanden durch die Abwälzung der Lasten der Arbeitslosigkeit vom Reich auf die Gemeinden. Der Wohlfahrtsrat der Gemeinden beträgt gegenwärtig rund eine Milliarde Mark. Man hat durch Notverordnung die Arbeiter aus der Arbeitslosenversicherung hinausbefördert, den Gemeinden zur Unterstützung überlassen und erklärt nun, es seien die hohen Löhne der Gemeindearbeiter, die das Defizit der Gemeinden verursachen!

Es gibt bürgerliche Blätter, die behaupten, die städtischen Betriebe seien Zuschußbetriebe und trügen also zur Befastigung der Gemeinden bei. Tatsächlich haben die Gemeindebetriebe in den letzten Jahren und auch im laufenden Jahr Ueberschüsse an die Gemeindefinanzen abgeliefert,

Der Bericht von Basel.

3 oder 6 Monate? / Schwierigkeiten mit den Markguthaben

Basel, 18. August. (Eigenbericht.)

Die Baseler Stillhalte-Behandlungen haben am Dienstag neue Schwierigkeiten ergeben. Die strittigen Punkte bilden die Frage der Markguthaben der ausländischen Banken in Deutschland und die Frage der Dauer der Verlängerung der Kredite.

Die Markguthaben der ausländischen Banken in Deutschland betragen am 13. Juli einige hundert Millionen Mark. Die Dauer der Verlängerung der Kredite wurde auf 6 Monate festgesetzt, gerechnet vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens, und zwar unter der Bedingung, daß der Kredit von 100 Millionen Dollar, den die Internationale Bank, die Bank von Frankreich, die Bank von England und die Federal Reserve-Bank der Reichsbank gewährt haben, am Fälligkeitsstermin um 3 Monate verlängert wird. Wenn die Zentralbanken den Kredit nicht erneuern, so gewinnen die Bankiers ihre Handlungsfreiheit zurück. Deshalb verlangte die Reichsbank eine formelle Zusicherung der Zentralbanken, daß der Kredit erneuert wird. Die Zentralbanken dürfen jedoch gemäß ihren Statuten keine Kredite für mehr als 3 Monate gewähren, so daß es für sie schwierig ist, eine formelle Verpflichtung einzugehen. Ihre Vertreter gaben jedoch zu verstehen, daß sie bereit seien, den Kredit zu erneuern.

Dazu berichtet die „Neue Züricher Zeitung“: Die Unterzeichnung des Berichtes der Experten, die für Dienstag nachmittag um 2.30 Uhr vorgesehen war, ist um einige Stunden verschoben worden, da man den Ausgang der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bankiers und den deutschen Delegierten über zwei noch schwebende Fragen abwarten will. Die Verhandlungen wurden am Dienstag von 11 bis 13 Uhr fortgesetzt, blieben jedoch erfolglos. Sollte ein Abkommen nicht erzielt werden, so wird das Expertenkomitee seinem Bericht eine Empfehlung zur Lösung der beiden schwebenden Probleme beifügen. Die Abfassung dieses Teiles des Berichtes ist noch im Gange. In den Kreisen des Expertenkomitees wird erklärt, daß sich die Verhandlungen in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre abspielten.

„Wir haben alle, so erklärte nach der „Neuen Züricher Zeitung“, einer der Experten, volles Verständnis für die Schwierigkeiten Deutschlands, und wir haben auch Beweise eines weitgehenden Entgegenkommens an den Tag gelegt. Die Regelung der schwebenden Fragen steht vor uns, daß Vertrauen vorhanden ist. In dieser Hinsicht haben uns die Verhandlungsmethoden der deutschen Delegierten überzogen. Wenn wir Vertrauen

zu Deutschland haben sollen, so wird man andererseits auch von seinen Vertretern verlangen müssen, daß sie Vertrauen gegenüber den Finanzleuten bekunden, die in eine Stundung von mehr als fünf Milliarden kurzfristiger Kredite einwilligten und vor der Tatsache stehen, daß ihnen Markguthaben von annähernd 700 Millionen seit dem 13. Juli gesperrt wurden. Wir glauben immer noch, daß wir dank einer Intervention Dr. Luthers ein Gentleman-Agreement in der Frage der Markguthaben und der Erneuerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits der Zentralbanken und der BIZ an die Deutsche Reichsbank erzielen werden.“

Ein Vermittlungsvorschlag.

Basel, 18. August, 22 Uhr. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen sind zur Stunde noch nicht abgeschlossen. Zwischen Basel und Berlin geht ein reger Telefonverkehr hin und her. Gegenwärtig wird ein Vermittlungsvorschlag beraten. Danach sollen die ausländischen Markguthaben in Deutschland in einer noch zu bestimmenden Staffelung fortschreitend freigegeben werden. Man erwartet die Antwort der Bankiers auf diesen Vorschlag, von der die endgültige Fassung des Berichtes der Sachverständigenkonferenz über die weitere Befassung der kurzfristigen Auslandskredite in Deutschland abhängt.

Wie TL um 12.30 Uhr aus Basel berichtet, erwartet man dort eine Kompromißlösung, für die Dr. Melchior, der mit Berlin in dauernder telephonischer Verbindung stand, die Zustimmung der Reichsregierung erhalten hat.

Die Unterzeichnung dürfte um 2 Uhr morgens erfolgen.

Die Bankenaufsicht.

Beratungen im Reichstabinett.

Der Wirtschaftsausschuß des Reichstabinetts und der von der Regierung berufene Sachverständigenausschuß für die Bankenaufsicht besaßen sich am Dienstag in einer gemeinsamen mehrstündigen Sitzung mit der Frage der Bankaufsicht. Das Problem wurde zunächst einer allgemeinen Erörterung unterzogen. Die Beratungen sollen am nächsten Sonnabend fortgesetzt werden.

Während der Besprechungen fand ein Ministerrat statt, der sich mit dem Stand der Stillhalte-Behandlungen in Basel beschäftigte.

Für das Jahr 1928/29 wurden für das gesamte Reich folgende Ueberschüsse der Gemeindebetriebe nachgewiesen:

Elektrizitätsversorgung	270 544 000
Gasversorgung	115 339 000
Wasserversorgung	65 536 000
Berkehrsunternehmungen	50 486 000
Kreditunternehmungen	12 006 000
Schlacht- und Viehhöfe	7 495 000
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	14 994 000
sonstige Betriebe	11 079 000
Summa:	547 479 000

Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß diese Zahlen nur einen Teil der tatsächlichen Ueberschüsse ausweisen, da in zahlreichen Orten Deutschlands, besonders in Rheinland-Westfalen, im Versorgungsgebiet des RWE, die finanziellen Leistungen dieser Werke nicht in der vorstehenden Statistik enthalten sind, sondern direkt alle Leistungen dieser Gesellschaft an die Städte abgeführt werden, und zwar in einem Ausmaß von 5 Pf. pro Kilowattstunde. Weiter ist zu berücksichtigen, daß in fast allen Gemeinden Strom, Gas und Wasser für städtische Betriebe zu wesentlich ermäßigten Preisen abgegeben werden, teilweise auch die Abgabe für Straßenbeleuchtung usw. ohne Berechnung bleibt.

Man versucht nun, die Privatindustrie scharf zu machen, indem man erklärt, die Löhne der Gemeindearbeiter lägen ganz erheblich über den Löhnen in der Privatindustrie. Dies sei eine Gefahr, und außerdem müßten diese hohen Löhne durch Steuern hereingebracht werden.

Nach der Tarifstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der 20 Berufe aufgeführt werden, stehen die Handwerkerlöhne der Gemeindearbeiter in Berlin an 14. Stelle, in Bremen an 18., in Breslau an 16., in Königsberg an 15., in Magdeburg an 18., in München an 11., in Stettin an 18., in Stuttgart an 11., in Leipzig an 16. Stelle. Es ist also einfach nicht wahr, daß die Löhne der Gemeindearbeiter höher seien als die der vergleichbaren Arbeiter, sei es in der Privatindustrie, sei es in den Werken, die dem Reich oder dem preussischen Staate gehören.

Die ungeheure Wirtschaftskrise, die auch das Gleichgewicht im Haushalt der Gemeinden erschüttert, ist verursacht worden durch die Fehlleitungen in der Privatindustrie. Wenn die Reichsregierung gegen die erhöhten Löhne und Gehälter etwas unternehmen will, warum macht sie vor den Gehältern und Lantienen der verantwortlichen Direktoren und Generaldirektoren der Privatindustrie halt? Warum macht sie nicht den Versuch, die Gehälter dieser Direktoren anzugleichen an die Gehälter der Ministerialdirektoren, Staatssekretäre oder der Minister? Hier wäre sehr viel herauszuholen, ohne daß die Betroffenen deshalb Not zu leiden hätten.

Der Reichsarbeitsminister hat seinerzeit erklärt, er würde sich einer zweiten Lohnabbauwelle widersetzen. Die Löhne der Gemeindearbeiter sind bereits um 8 Proz. abgebaut worden. Und nun leidet der Reichsarbeitsminister selbst die zweite Lohnabbauwelle ein, indem er die Löhne der Gemeindearbeiter nochmals um 17 bis 22 Proz. abbauen will. Die Verantwortung für die Folgen eines derartigen Versuchs trägt einzig und allein die Reichsregierung.

Die Not der Kleinen.

Ländertkonferenz in Oldenburg.

Oldenburg, 18. August.

Am Dienstag fand im Oldenburgischen Staatsministerium eine Besprechung der Länderminister der mittel- und nord-deutschen Länder statt, die sich in der Hauptsache mit der finanziellen Lage befaßte, und von dem oldenburgischen Ministerpräsidenten Cassebohm geleitet wurde. Es wurde beschlossen, eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, die der Reichsregierung den Ernst der Lage der kleinen Länder darlegen soll. Ueber die Sitzung, die von 15.30 bis 20.00 Uhr dauerte, wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Die heute in Oldenburg tagende Ländertkonferenz, an der die Regierungen der Länder Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Lippe, Schaumburg-Lippe teilnahmen, befaßte sich in eingehender Aussprache mit der steigenden finanziellen Notlage, besonders mit der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung der Kassenlage der Länder und Gemeinden, die sofortiger Abhilfe bedarf. Da die Länder nach übermäßigen Einsparungen bei allen sachlichen Ausgaben nicht glauben, auf diesem Gebiet weitere Ersparnisse machen zu können, wurde eine Abordnung beauftragt, der Reichsregierung den hohen Ernst der Lage darzustellen und auf sofortige Maßnahmen des Reiches zur Erleichterung der Lage der Länder zu dringen. Es soll hierbei ganz besonders die Aufmerksamkeit des Reiches darauf gelenkt werden, welchen Bedenken es unterliegt, wenn es den Ländern überlassen wird, von sich aus weitere Gehaltskürzungen vorzunehmen zu müssen. Als weiter ganz vordringlich wurde angefohlen die Frage der kurzfristigen Kredite, der Wiederherstellung der Rentabilität der Holzwirtschaft und besonders bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiete der Fürsorge für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger.“

Die Landkreise in der Krise.

Finanznot trotz Sparjamkeit.

In einer gemeinschaftlichen Vorstandssitzung des Deutschen und des Preussischen Landkreistages berichtete der Präsident über die Lage der Landkreise infolge der gegenwärtigen Krise. Der Präsident des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes Dr. Kleiner ergänzte diese Ausführungen nach der Richtung des Kommunalkredits. Es bestätigte sich, daß die bisherige Hilfe des Reichs und der Länder gegenüber den Erwerbslosenlasten der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände völlig ungenügend gewesen ist. Sie reicht trotz Senkung der kommunalen Unterstützungen nicht einmal zum Ausgleich der inzwischen eingetretenen Steuerrückgänge aus. Dies gilt vor allem von denjenigen Landkreisen, die besonders stark mit Wohlfahrtsverwerbslosen belastet sind und in denen die Verhältnisse genau so liegen wie in den Großstädten.

Obwohl der Bevölkerung bisher schon kaum vertretbare Einschränkungen der freiwilligen kreis kommunalen Aufgaben sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Art zugemutet

Die verbotene Stickstoffeinfuhr.

Das Stickstoffsyndikat meldet sich. — Zeitweise Preisentung bis 9 Prozent.

Unsere Kritik des Mißbrauchs der staatlichen Handelspolitik für die privatkapitalistischen Zwecke der deutschen Stickstoffindustrie hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Reichswirtschaftsministerium hat offiziell seine Politik unter Hinweis auf ein ähnliches Vorgehen anderer Länder zu rechtfertigen versucht und das Deutsche Stickstoffsyndikat hat eine Erklärung erlassen und die Stickstoffpreise gesenkt.

In der Erklärung des Syndikats wird gesagt, daß durch die Ausdehnung der Stickstoff-Produktionsanlagen und durch den Rückgang des Stickstoffverbrauches die Weltleistungsfähigkeit der Stickstoff-Fabriken kaum zur Hälfte ausgenutzt werden könne. Das Syndikat bestätigt damit die fehlerhafte Kapitalanlage in der Stickstoffindustrie, denn auch in besten Zeiten können die Anlagen nicht entfernt ausgenutzt werden. Daß auch militärische Gründe zur Ausdehnung der Stickstoffindustrie geführt haben, ist uns wohl bekannt. Das Scheitern der internationalen Kartellverhandlungen ist aber deshalb noch kein Grund, daß die Staatsmacht wie hier für privatwirtschaftliche Sonderinteressen eingegriffen wird, besonders wenn Kapitalabschreibungen und Preisentungen unterlassen werden.

In der offiziellen Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums wird gesagt, daß die ausländischen Stickstoffangebote in Deutschland sich auf 40 Prozent unter den deutschen Preisen bewegen. Deutlicher kann der Zwang für die staat-

liche Wirtschaftspolitik, ohne entsprechende Sicherungen und Gegenleistungen staatliche Hilfe zu verweigern, nicht gemacht werden. Es ist selbstverständlich, daß der Rückgang der Erzeugung bei dem hohen Anteil der fixen Kosten die Herstellungskosten erhöhen mußte. Deshalb zu glauben, daß die Preise hoch bleiben dürfen, entspricht ganz der Rentnerpsychologie, die in allen Kartellindustrien herrscht. Das Stickstoffsyndikat muß übrigens bemerkenswerterweise erklären, daß der Lohnaufwand im vergangenen Jahre gesunken ist.

Das Stickstoffsyndikat hat die peinliche Lage, in die es durch unsere Kritik gebracht wurde, durch eine Preisentung abzuwenden gesucht. Die Preisentung beträgt 2 bis 6 Pfennige je Kilo Stickstoff, was entsprechend weniger für die Düngemasse darstellt. Im Vergleich zu den vorigen Preisen handelt es sich um eine Senkung bis zu etwa 7 und 9 Prozent. Kein Mensch wird sagen, daß das angesichts einer 40prozentigen Unterbietung viel ist. Die Absicht der inländischen Kartellbehörden kommt aber trotz dieser Preisentung sehr deutlich zum Ausdruck. Bei dem allein in Deutschland hergestellten Nitrophosphat, wo keine Konkurrenz des Auslandes vorliegt, wird eine Preisentung von sage und schreibe einem knappen Prozent durchgeführt.

Die Deffenlichkeit wird aus diesen Vorgängen lernen müssen, daß sie viel schärfer als bisher den Kartellgewaltigen und der ihr gerne dienenden Staatsbürokratie auf die Finger sehen muß.

Klassenkampf durch Meuchelmord.

Der Tod eines jungen Arbeiters durch Arbeiterhand.

Dem eingehenden Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ über die Ermordung unseres achtzehnjährigen Genossen Max Bartus durch kommunistische Saboteure entnehmen wir folgende Darstellung des Hergangs:

Zwei Genossen verbreiteten an der sogenannten Spa-Edé Flugblätter. Nach und nach stellten sich Kommunisten ein, die die Flugblattverbreitung zu hindern suchten. Nach etwa einer halben Stunde waren an die 30 bis 40 Kommunisten versammelt. Zunächst gab es Diskussionen, bei der die Kommunisten erklärten, die Spa-Edé sei ihr Revier, das sie sich nicht streitig machen ließen, und wenn bei einer gewaltsamen Räumung etliche auf der Strede bleiben würden. Es sammelte sich eine immer größere Masse an. Schließlich war die ganze Straße von den Ansammlungen gesperrt. Polizeibeamte waren nicht zur Stelle. Als die KP-D. Helden das merkten, gingen sie an zu schubsen und zu stoßen. Als unsere Genossen sich das verbat und die Püße und Stöße erwiderten, wurde ihnen gesagt: „Hier werden keine sozialdemokratischen Flugblätter verbreitet!“ Etliche der Komms, versuchten, unseren Genossen die Flugblätter zu entreißen, hatten aber damit kein Glück.

Nun griffen sie zu Schlagring und Messer.

Genosse Baumgärtel bekam einen heftigen Schlag ins Gesicht. Er wollte zur Signalpfeife greifen, um Hilfe herbeizurufen. Da stach einer der Wurdububen auch schon auf ihn ein. Baumgärtel glaubte zunächst noch, er sei mit einem Schlagring getroffen. Er lief hinter dem ausreißenden Messerstecher her, bekam ihn auch zu fassen. Doch in demselben Augenblick kamen auch schon Deckungskolonnen der Kommunisten, die den Täter wieder befreiten, indem sie Baumgärtel verprügelten.

In diesem Augenblick kam Genosse Max Bartus auf Baumgärtel zu und rief: „Schorsch, sie haben mich gestochen.“ Kaum hatte er dies ausgesprochen, da brach er auch schon bemutlos zusammen.

Nun machten sich mehrere Genossen an die Verfolgung des Mörders. Es gelang ihnen auch, ihn einzuholen und festzuhalten. Sofort setzten größere Deckungstrupps der Kommunisten an, um den Messerstecher zu befreien. Die große zahlreich Ueberlegenheit ließ das auch gelingen. Bei dieser Befreiung bekam Genosse Kieemann, der den Messerhelden festgepackt hatte und auch hielt, einen heftigen Schlag über den Kopf, der das Blut in Strömen rinnen machte. Kieemann ließ jedoch nicht locker. Daraufhin versetzte man ihm noch einen Stich in den Rücken.

Der Mörder konnte entfliehen. Aber der überaus eifrigen Arbeit der Polizei ist es gelungen, ihn zu packen: es ist der 18 Jahre alte Arbeiter Martin Kroll aus der Gundorfer Straße 24, wo er in der Obhut seines Pflegevaters, des ehemaligen

kommunistischen Landtagsabg. Georg Schwarz, jetzt Angestellter der kommunistischen Partei in Leipzig, aufwuchs.

Organisierter Terror.

Bartus war weder an der Flugblattverbreitung noch an den Auseinandersetzungen mit den Kommunisten beteiligt. Er kam rein zufällig, nicht einmal in der Kleidung der SA, oder des SPD-Jugendzuges, auf seinem Rade vorbei. Dennoch wurde er von den kommunistischen Messerhelden blindlings niedergestochen.

An der Spa-Edé wurde der kommunistische Terror am Sonntagabend nach ganz bestimmter Taktik und nach wohlüberlegtem Organisationsplan geübt. Als die Flugblattverbreitung begann, bemerkte man sofort, wie herzukommende Kommunisten dafür sorgten, daß die Hauptripel dorthin bestellt wurden.

Die kommunistischen Terrorbanden arbeiten, wie ganz einwandfrei festgestellt werden konnte, etwa nach folgendem Plane: Wird einer der Terrorhelden gestellt oder verfolgt, um ihn festzunehmen, so geht

sofort eine kommunistische Deckungskolonne hinter die Berfolger her.

sucht sie entweder daran zu hindern, den Verfolgten zu erwischen, oder, wenn das nicht möglich ist, durch neue Prügel- und Messertaten den Verbrecher zu befreien. Man kümmert sich zunächst nicht um den Täter. Der mag sehen, wie er sich in Sicherheit bringt. Die Deckungskolonnen begnügen sich damit, die Berfolger an der Festnahme zu hindern, oder, falls das noch nicht vollends gelang, den Festgehaltenen vor Ankunft der Polizei zu befreien. Man darf sicher annehmen, daß auch der Unterklupp und verschiedene Eventualunterschlüpfe schon vorher bestimmt und die zur Hilfe bei der Berbergung Auserkorenten davon unterrichtet worden sind.

Es wird auch nach vorher bestimmtem Plan dafür gesorgt, daß so etwas wie Siedestimmung vorhanden ist. Bei den zu diesem Zweck gehaltenen Propagandakonzerten der Straßenpassanten tun sich in der Regel besonders Frauen hervor.

Sie erfüllen die Straße mit hysterischem Geschrei über angebliche Verrätereien der SPD, schimpfen vorübergehende Sozialdemokraten Strochle, Verbrecher usw. Dann ziehen, wie bei einem Sierkampf die Terrorros, die Schlagring-, Koppelstich- und Messerkolonnen auf. Ist so die Armee beisammen, dann kommen auch die Deckungskolonnen herbei. Und dann kann der Tanz beginnen. Die Aktion selbst erfolgt nach dem geschilderten arbeitsteiligen Terrorplan!

werden mußten, ist nicht nur ein noch weiterer Abbau dieser Aufgaben, z. B. auf dem Gebiet der Straßenunterhaltung, unvermeidlich, sondern es werden auch bei den durch die Gesetzgebung den Landkreisen auferlegten Pflichtaufgaben starke Einschränkungen eintreten müssen. Trotz solcher Einschränkungen und trotz der Einstellung wichtiger freiwilliger kommunaler Aufgaben steigt die Finanznot der Landkreise weiter. Die Lasten für notwendige Unterstützung der Wohlfahrtsverwerbslosen gehen über die Kräfte zahlreicher ländlicher Bezirksfürsorgeverbände in einem Maße hinaus, daß schleunige Hilfe von Reich und Staat zur Vermeidung schlimmster Folgen einsehen muß.

Im Gefolge Thälmann-Hitlers.

Die Abstimmenden vom 9. August.

Aus Eisleben, der Heimatstadt Luthers im Kreise Mansfeld, wird uns geschrieben:

Es ist nunmehr festgestellt worden, daß sämtliche Kriminalbeamten der Stadt zum Volksentscheid gegangen sind. Da in Eisleben täglich politische Unruhen und Krawalle stattfinden, hat die Kriminalpolizei fast täglich in dieser Angelegenheit zu tun. Es ist nun glücklich so weit gekommen, daß die Republikaner das Vertrauen zur unparteiischen Haltung der Kriminalpolizeibeamten vollständig verloren haben, da diese durch Beteiligung am Volksentscheid sich offen auf die Seite der Republikfeinde stellten.

Auch fast der gesamte Lehrkörper des Luther-Gymnasiums hat sich an der Abstimmung gegen Preußen beteiligt. Einem republikanisch gefinnten Studentenrat wurden Vorkhaltungen darüber gemacht, daß er die sozialdemokratische „Mansfelder Volkszeitung“ lese. Man meinte, solche Vektüre wäre geeignet, ein unangenehmes Licht auf ihn fallen zu lassen.

Wir reden selbstverständlich keinem „Terror“ das Wort. Aber

die Volksentscheidler, die den Terror gegen Republikaner und vor allem gegen „Marsisten“ als ihr selbstverständliches Recht für den Fall ihres Sieges proklamieren, hätten keinen Grund zur Klage, wenn die Behörden des Freistaates Preußen wirklich ihre Beamten etwas genauer ansehen würden.

Bulgarischer Parlamentsbeginn.

Koalitionskrise um die Amnestie.

Sofia, 18. August. (Eigenbericht.)

Die am 20. Juni neu gemählte Sobranje wird am 21. August zum erstenmal zusammentreten; eine Hauptfrage wird die einer Amnestie für die im Auslande lebenden Emigranten und Flüchtlinge aus der Bürgerkriegszeit von 1923/25 sein. Wie der sozialistische „Narod“ voraussetzt, wird es darin zu den ersten großen Schwierigkeiten in der Koalitionregierung Nalinow kommen. Weitaußer der größte Teil der Bouvernparteiler verlange eine bedingungslose und volle Amnestie, der sich die bürgerlichen Gruppen, die Demokraten und gemäßigten Liberalen widersetzen, die gegen die Rückkehr gewisser Emigrantenführer wie Kosta Lodorow, Nedelko Kianassow und Obow nach Bulgarien sind.

Zensurverbote. Der Oberpräsident der Provinz Niederösterreich hat das „Freisäblicher Tageblatt“ wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von zwei Wochen verboten. — Der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, hat auf die Beschwerde der Gauleitung Anhalt der Nationalsozialisten das von der arbeitslosen Regierung ausgesprochene Verbot des „Harzer Trommiers“ in Köthen von sechs Monaten auf drei Monate herabgesetzt und gleichzeitig die Beschwerde an den vierten Strafsenat des Reichsgerichts weitergegeben.

Jagd auf die Reichsbankräuber.

Der Raub in der Innsbrucker Straße. — Ein toller Banditenstreich.

Berlin hat gestern einen der tollsten Banditen-
tore seiner Geschichte erlebt. Der Raubüberfall auf
die Reichsbankfiliale in der Innsbrucker Straße stellt sich
als ein wohl vorbereitete und rücksichtslos
durchgeführtes Verbrechen dar. Am hellen-
lichten Tage sind die Räuber in die Bankfiliale einge-
drungen. Sie haben schonungslos von der Schieß-
waffe Gebrauch gemacht, ein 52-jähriger Mann ist schwer
verletzt worden, im Getümmel wurde ein zwölfjähriges
Mädchen verwundet. Stundenlang stand das Schöne-
berger Stadtparkviertel unter dem Eindruck des Ereignis-
ses. Die Reichsbank hat auf die Ergreifung der Ver-
brecher eine Belohnung von 3000 Mark aus-
gesetzt, die Polizei arbeitet mit größtem Eifer.

Der Tatort.

Die Reichsbanknebenstelle in der Innsbrucker Str. 35
befindet sich in dem Cahaus zur Vohbergstraße. Der Kassens-
raum ist infolgedessen gemauert. Links liegt, durch Glaswände
abgeteilt, die Kasse. Dahinter ist ein zweiter, gleichfalls durch Glas
abgeteilter Raum für die Geldzähler. Es schließt sich ein dritter
Raum an, in dem die Kleiderchränke für die Angestellten
stehen. Rechts vom Eingang in die Filiale sind etwa 20 Schreib-
tische aufgestellt. Von dem Raum für die Kunden trennt sie ein

Bult. Hier arbeiten die Buchhaltungsbeamten, und durch
den Raum, in dem sie sitzen, kommt man zum Zimmer des Fi-
lialvorstehers, des Bankbeamten Köpping.

Wie der Überfall geschah.

Kurz nach 12 Uhr betraten plötzlich zwei junge Burschen,
deren Gesicht durch Masken verdeckt waren, den Bankraum. Jeder
von ihnen hatte zwei Revolver in den Händen. Der eine wandte
sich sofort der Kasse zu, und beide eröffneten Schnellfeuer auf die
Angestellten. Die Einschläge erweisen, daß der eine von ihnen, der
nach der Kasse hinschloß, nicht weniger als 9 Schuß abgab.
In der furchtbaren Aufregung, die entstand, war einer der Buch-
halter so geistesgegenwärtig,

die Alarmstrecke in Tätigkeit zu setzen,

deren Heulen die gesamte Straße alarmierte. Der Räuber an der
Kasse schwang sich nun blitzschnell über die Barriere und raffte an
Geldscheinen zusammen, was er fassen konnte. Er stopfte alles in
eine Tasche, die zufällig am Schalter lag. Dann sprang er zurück
und zog sich unter fortwährenden Schüssen zusammen mit seinem
Kumpelen zum Ausgang hin. Der Kassierer Kruse wollte die
Räuber aufhalten. Mit einem von ihnen geriet er in einen wüten-
den Ringkampf, bei dem er unterlag: Der Räuber hieb mit
dem Revolverkolben auf ihn ein und verletzte ihm einen Fußtritt
gegen den Unterleib. Der Obergeldzähler Kruse war seinem Kol-
legen beigeprungen. Er erhielt einen schweren Schuß in den Bauch.

Auch die anderen Bankangestellten griffen zur Waffe, trafen die
Räuber aber nicht. Auf der Straße schwangen sich die Räuber auf
Fahrräder und rasteten davon. Passanten und zwei Autos nahmen
sofort die Verfolgung auf, sie konnten jedoch nichts ausrichten.
Auch auf der Straße am Park hielten sich die Flüchtlinge die Ver-
folger durch mehrere Schüsse vom Leibe und konnten auf diese Weise
entkommen. Hierbei wurde die zwölfjährige Schülerin Grete
Wolff aus der Martin-Luther-Straße 51 in die Schulter getroffen.

Genaue Beschreibung der Täter!

Der Raubüberfall muß nach der Ausführung ein wohl vorbereit-
etes Unternehmen gewesen sein. Während in früheren Überfällen
die Täter entweder mit den Schusswaffen nur gedroht oder
Schreckschüsse abgegeben haben, wenn Widerstand geleistet
wurde, haben in diesem Falle die Räuber sofort geschossen, als
sie den Bankraum betraten. Vermutlich hatten sie sich vorher über
die Verteilung der Rollen schon geeinigt, so daß jeder genau das
tat, was ihm zugeteilt worden war. Nachdem sich die begreifliche
Aufregung der Zeugen gelegt hatte, konnten sie dem Kriminal-
kommissar Mühlfriedel und den Beamten des Raubdezernats
eine Beschreibung der Räuber geben. Es handelt sich um zwei
jüngere Leute. Der eine war etwa 1,75 bis 1,78 Meter groß und
von breitschulteriger Figur. Er hatte ein längliches Gesicht, dunkles
Haar und trug einen blauen Anzug und einen braunen Schlapphut.
Sein Alter wird auf 25 bis 28 Jahre geschätzt. Es ist dadurch
möglich, daß er seinen Hut im Kampfe mit dem Kassierer Kruse
verlor. Der Hut besteht aus ausgerauhtem Filz und trägt am
Schweißleder die Bezeichnung „Die Mode“, daneben ist ein kleines
Schildchen mit dem Bleistiftvermerk 3,50 Mark. Die Kopfgröße be-
trägt 56 Zentimeter. Der zweite Räuber war bedeutend
kleiner als sein Kumpelen, nur etwa 1,65 Meter groß und
schmächtig, er schien auch wesentlich jünger zu sein. Er hat dunkles
Haar und trug ebenfalls dunklen, vielleicht blauen Anzug und
dunklen Schlapphut. An ihren Hüften hatten beide Täter aus
Strümpfen hergerichtete Masten befestigt, die am unteren Rande
mit Fahrradschrauben beschwert waren. Der große Täter
hat auch Hosentkammern im Kampfe mit dem Kassierer ver-
loren und seine Pistole. Eine der Kammern, die ziemlich neu sind,
trägt die Aufschrift „Blitz“. Die Pistole ist eine 7,65-Millimeter-
Pistole Marke „Stenda-Werke“ Suhl in Thüringen.

3000 Mark Belohnung!

Die Reichsbank hat für die Ergreifung der Räuber eine
Belohnung von 3000 Mark und außerdem 10 Proz. der
wieder herbeigeschafften Summe ausgesetzt. Alle zweidirektigen
Mittelungen werden an das Raubdezernat im Zimmer 89 des Po-
lizeipräsidiums erbeten.

Wie wir erfahren, ist das Befinden des Geldzählers Kruse, der
operiert werden mußte, sehr ernst.

Der Kassierer Kruse, der mit aller Energie die Verfolgung der
Räuber aufnahm, erzählt über die Verlegung des Chauffeurs in
der Martin-Luther-Straße, daß er in ein Privatauto
sprang, das sofort die Verfolgung aufnahm. Bei der Kurve an der
Martin-Luther-Straße wurde er in die rechte Ecke des Wagens ge-
worfen. Seine Waffe löste sich. Die Kugel ging durch die Scheibe
und verletzte ausgerechnet den Chauffeur am rechten Arm. Die Jagd
nach den Verbrechern, die, freilich ohne zu treffen, auch jetzt noch
weitergeschossen, mußte daraufhin aufgegeben werden.

Das größte Gurkenfaß in Lübbenau

Vom Umfang und der
Bedeutung der Gurken-
industrie in Lübbenau gibt
das nebenstehende Photo
ein anschauliches Bild. Die
größten Fässer, in denen
die neuen Gurken gesäuert
werden, fassen bis 25 Hek-
toliter oder 2500
Liter. Sie sind so groß,
daß in einem solchen Faß
ein moderner Diogenes be-
quem sich eine Wochenend-
wohnung einrichten könnte.



WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN
VON Felix Scherret.

„Tag, Herr Doktor, wie gehts? Brauchen Sie etwas?“ Der
Verwachsene summselt mit den manikürten Fingern in der
Westentasche herum und zieht ein kleines, weißes Päckchen
heraus.

Harry ergreift es und gibt dem Kleinen ein Zweimark-
stück. „Dank schön! Ist es auch rein?“

„Prima Ware, kann ich Ihnen versichern!“

Harry ist sehr vergnügt. Er fühlt sich jetzt ohne Beschwer-
den, er strahlt geradezu, als er das Büro betritt.

„Na, schöne Frau, ausgeschlafen nach den Anstrengungen
der Nacht? Morgenstunde hat Blei im Hintern!“

„Bei mir nicht. Gott sei Dank!“ Das kleine, rundliche
Fräulein Hinzelmann kokettiert einen Moment mit ihren
kolligierten Reizen und verschwindet im Schreibmaschinen-
zimmer.

Gleich darauf wird die Tür wieder aufgerissen.

„Hallo, Paul!“

Fräulein Hinzelmann winkt dem Laufburschen, der in
einer Ecke des ungemütlichen Warteraumes der Firma

„Ed. Silvester u. Söhne“ sitzt und sich mit den mitgebrachten
Stullen beschäftigt. Der lang ausgeschossene Junge erhebt sich
mürrisch.

„Na, 'n bißchen sicker!“

Fräulein Hinzelmann blickt verstohlen den langen Kor-
ridor hinunter, auf dem zu ihrer Beruhigung kein Lebewesen
zu erblicken ist und wisper: „Holen Sie bitte ein Mädel ge-
kochten Schinken für mich und für Frau Caspari einen
Cremontaser Käse.“

Sie händigt dem lauenden Jüngling das abgezählte
Geld ein.

„Eigentlich hab ich jetzt Frühstückspause“, murrte Paul
und stopft sich den Rest der Schulle in den Mund.

„Lassen Sie sich aber nachher nicht vom „Mederer“ er-
wischen“, warnt Fräulein Hinzelmann besorgt. Der „Mede-
rer“ ist Herr Bürochef Ziege. Er residiert in der Buch-
haltung, dem größten Raum der Firma, der am Ende des

langen Ganges liegt und dessen Fensterfront zur Straße
führt. Bürochef Ziege wacht mit Argusaugen über der Haus-
ordnung, die es verbietet, während der Dienstzeit den Lauf-
burschen zu privaten Gängen zu benutzen.

Fräulein Hinzelmann geht in das Schreibmaschinen-
zimmer zurück. Sie hat im Augenblick nichts zu tun, denn
die Korrespondenz wird gewöhnlich erst nach der Frühstück-
pause diktiert, und vom gestrigen Tage ist kein Rest übrig-
geblieben, was ihre gute Laune bestärkt und den Wunsch nach
einer kleinen Privatunterhaltung aufkommen läßt.

„Haben Sie noch viel?“

Frau Marie Caspari, an die diese Frage gerichtet ist, hebt
kaum den Kopf von ihrem Briefordner. Sie nickt. Die schmale
Frau Ansgar der Dreißig hat den Posten einer Kontoristin
inne. Von dem Gehalt, das sie dafür bezieht, lebt sie mit
ihrem Mann, einem seit Jahren stellunglosen Opernsänger
und ihrem fünfjährigen Jungen. Sie wird allgemein bewun-
dert, weil sie es fertig bekommt, immer noch nett und ge-
pfllegt auszusehen. Was es sie an Nerven kostet, den Lebens-
unterhalt für die Familie zu verdienen, den Mann vor
drohender Verbitterung zu bewahren und ihr Kind zu er-
ziehen, ahnt niemand in diesem Büro.

„'n toller Haufen!“ Fräulein Hinzelmann durchblättert
flüchtig die aufgestapelten Briefeingänge und die Durchschläge
der Antworten. „Hier ist sogar noch ein Schreiben von Ende
März. Das liegt über einen Monat herum! Darauf hat
wieder mal der Krüger geantwortet. Ach, so ja immer: wenn
man mal was sucht, dann nur beim Krüger!“

Mit ehrlicher Entrüstung läßt sich Fräulein Hinzelmann
über die Unarten des Buchhalters Krüger aus, der im geschäft-
lichen Uebereifer keine Korrespondenz eher herausgibt, bis der
ihm aufgetragene Fall vollständig erledigt ist.

Seufzend rennt Frau Caspari vom Tisch zum Registrier-
schrank, türmt Mappen übereinander, heftet und ordnet und
wirft ab und zu einen kritischen Blick über den noch vor-
handenen Stoh.

Die Tür öffnet sich.

„Das hat aber lange gedauert“, empfängt Fräulein
Hinzelmann den Stief Paul.

„Wo ich doch hab warten müssen!“ Er holt aus der
Jackentasche Schinken und Käse hervor. „Beinahe wär ich auf-
geplatzt. Grade als ich wiederkomm“, geht der „Mederer“ auf
den Postus.“ Paul sieht die Damen erwartungsvoll an.

Fräulein Hinzelmann versteht den zarten Wink. Die aus-
gestandene Gefahr muß belohnt werden.

„Hier haben Sie 'ne Doerstolz!“
„Scheen!“ Paul läßt die Zigarette in die Brusttasche ver-
schwinden und zieht ab.

Sorgfältig belegt Fräulein Hinzelmann ihre beiden
butterbestrichenen Brötchen mit Schinken.

„Wer dich mit Blut...“ singt sie dazu ohne Grund und
nähert die Melodie einem bekannten Tango an. „Blendende
Aufführung gestern! Der Tannhäuser also prima Klasse. Ich
war ganz weg! Haben Sie Grumacher schon mal gesehen?
Der Chef kann stolz auf seinen Schwager sein.“ Tänze und
Tanz entsprechen sonst Fräulein Hinzelmanns Reigungen
mehr als Wagnersche Musik.

Frau Caspari nickt und wird rot. „Früher mal! Jetzt
komme ich doch nie ins Theater... Er hat viel Glück gehabt,
der Grumacher!“ Sie lächelt schmerzhaft.

„Na, Sie haben es wenigstens gut. Ihr Mann kann
Ihnen alles vorsingen. Der war doch Opernsänger. Bariton,
nicht?“ fragt Fräulein Hinzelmann mit wenig Zartgefühl.

Müde läßt Frau Caspari die Hände in den Schoß sinken.

„Ja“, sagt sie und schließt für eine Sekunde die Augen.

In Fräulein Hinzelmanns dauergewelltem Köpfschen blüht
die Erinnerung auf, daß Erinnerungen an vergangene Zeiten
in diesem Fall nicht angebracht sind. Sie beugt sich zu der
Kollegin: „Na, na, kleine Frau, Kopf hoch! Wird schon wieder
werden...“

Krampfhaft sucht sie nach einem anderen Gesprächsthema.

„Wie finden Sie eigentlich Frau Silvester? Die richtige
Frau Silvester natürlich, und nicht die hier...“ Sie weist
auf die Tür zum Nebenzimmer. „Ach, fand, sie machte sich
gestern abend 'n bißchen unscheinbar, trotz des fabelhaften
Pelzcapes. Aber eins muß man ihr lassen: Dame!“ Sie
schmaltz bewundernd mit der Zunge.

„Waren Sie denn mit ihr zusammen?“ fragt Frau
Caspari erstaunt.

„Ach, habe sie im Theater gesehen. Silvesters waren doch
selbstverständlich zum „Tannhäuser“, ich bitte Sie!“

Wie beherrt, immer wieder die verdammte Oper, denkt
sie und schnattert weiter: „... und der Chef sah schlecht aus!
Keine Herren! Er ist überhaupt in letzter Zeit so gelb. Das
kommt vom vielen...!“ Sie verschluckt das Wort.

Der Rest des Schinkenbrötchens wandert den Weg alles
Irdischen.

In der Tür, die zum Korridor führt, erscheint Harry.
(Fortsetzung folgt.)

Wichtige Fragen.

Neue große Fahndungsaktion hinter Eisenbahnattentätern.

Bereits im gestrigen „Abend“ berichteten wir über eine neue große Fahndungsaktion zur Aufdeckung des Eisenbahnattentats bei Kloster Zinna in der Nähe von Jüterbog. Heute werden an den Berliner Säulen und in allen Ecken, in denen Spuren der Täter vermutet werden können, große Plakate angebracht werden, die in Wort und Bild das Publikum zur Mithilfe bei der Ausfindung der Verbrecher auffordern.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Mann, der in Installationsgeschäften der Berliner Friedrichstadt Materialkäufe machte. Ueber diese Einkäufe berichtet das Plakat auf die Stunde genau. Die Fragen erheben sich: Was läßt sich aus diesen Einkäufen schließen? Hat der Käufer vielleicht in der Nachbarschaft für kurze Zeit eine Stube gemietet oder Kleidungsstücke abgelegt? Wo hat er die am Donnerstag gekauften Röhren untergebracht? Wo hat er sie in einer nahegelegenen Gastwirtschaft? Es sei daran erinnert, daß die Röhre eine Länge von je 1,57 Meter hatten. Da der Bekannte als 1,72 Meter groß beschrieben wird, so überragte er die Röhre, die er trug, nur um 15 Zentimeter. Wenn ist ein solcher Mann an dem fraglichen Sonnabend zwischen der Friedrichstraße in der Nähe des Belle-Alliance-Platzes und dem Anhalter Bahnhof aufgefallen?

Der oder die Attentäter müssen über erhebliche Geldmittel verfügen haben. Das geht schon daraus hervor, daß die Einkäufe nicht gerade billig waren. Der Draht allein kostete annähernd 60 M. Weiterhin haben die Attentäter, wie bekannt ist, längere Zeit in ihrem Waldlager, als sie auf das Herannahen des Juges warteten, auffallend teure Zigaretten geraucht, die 8 und 10 Pf. das Stück kosteten. Das erweisen die leeren Schachteln. Zur weiteren Fahndung steht der Kriminalpolizei auch das Zeitungsblatt des „Angriff“ zur Verfügung, das an einem Telegraphenmast angeheftet war. Die Schriftzüge der darauf angebrachten Zeitungsnotiz werden ebenfalls veröffentlicht werden.

Rätsel um den Fall Lacum.

Untersuchung der Leichenteile / Explosion unwahrscheinlich
Bingen, 18. August.

In der reichlich sensationellen Angelegenheit des Hochstaplers von Lacum ist eine neue Wendung eingetreten.

Die in dem verbrannten Automobil gefundenen Leichenteile sind inzwischen dem Frankfurter Institut für gerichtliche Chemie übergeben worden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß von Lacum ungefähr eine Stunde vor dem Unglück in Gaggenau zwei Glas Rotwein getrunken hat. Da von den Eingeweiden die Blase erhalten ist, wird nunmehr die Identität der Leiche durch die Untersuchung festgestellt werden können. Ein Binger Friseur will ausagen können, daß der Verunglückte tatsächlich am Hintertopf eine Narbe in Form einer kleinen Vertiefung hatte, die vor dem Kriege noch nicht vorhanden war. Eine Operationsnarbe sei jedoch nicht zu sehen gewesen. Insbesondere konnte der Friseur nicht angeben, ob die Behauptung Lacums, er trage eine silberne Hirnplatte, richtig ist. Bemerkenswert ist übrigens, daß das Silbergeld, das der Verunglückte bei sich hatte, nicht geschmolzen ist. An seiner goldenen Uhr, die mit zwei Klappdeckeln versehen ist, ist noch einmal das Glas zertrümmert, während bei einer Verbrennung der Leiche infolge Explosion des Wagens eine gewaltige Hitze geherrscht haben müßte.

„Graf Zeppelin“ über England.

Schwarzrotgold auf dem Londoner Flugplatz.

London, 18. August. (Eigenbericht.)

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf am Dienstag gegen 7 Uhr in Hanworth, einem Flughafen in der Nähe von London, ein. Vor der Landung besuchte das Schiff die englische Hauptstadt. Auf dem Flugplatz war die deutsche Flagge gehißt, bei der Landung erklang das Deutschlandlied. Gegen 9 Uhr startete das Schiff zu einem 24stündigen Rundflug über England.

Das Luftschiff traf, vom Kanal her kommend, gegen 16.30 Uhr über englischem Gebiet in der Nähe von Hastings ein und flog überall mit größtem Interesse begrüßt, in westlicher Richtung weiter. Man nimmt an, daß Dr. Eckener diesen Umweg nicht nur wählte, um die Hunderttausende von Gästen in den Seebädern zu begrüßen, sondern auch weil das Luftschiff so gute Fahrt gemacht hatte, daß der Flugplatz Hanworth durch Funkpruch bat, die vorgesehene Landezeit um 19 Uhr möglichst innezuhalten, um die vielen Tausende von Menschen, die nach Büroschluss in Hanworth erwartet werden, nicht durch eine zu frühzeitige Landung zu enttäuschen.

Beleidiger „Rote Fahne“.

Aber sie kommt sehr billig davon.

Der Redakteur Wilde von der „Roten Fahne“ stand wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, da in einem Artikel dieser Zeitung der Vorsitzende des Betriebsrats von Aschinger beleidigt worden war. Unter der Überschrift „Der Spitzenkandidat der SPD bei Aschinger“, war dieser Angeklagte ein „Lump“ genannt worden, der mit Bezug auf den § 218 Erpressungen gegenüber Arbeiterinnen ausübe und andere Arbeiter als politisch verdächtig bei der Direktion denunziere.

Das Schöffengericht erkannte gegen den angeklagten Redakteur auf 100 Mark Geldstrafe.

Lob für besonders tüchtige Schupos.

Der Polizeipräsident hat den Polizeioberwachtmännern Kühnops und Brunkte, beide vom 43. Polizeirevier, seine Anerkennung ausgesprochen, weil es ihnen unter tatkräftiger Unterstützung der Polizeioberwachtmänner Lettau und Giewers, ebenfalls vom 43. Polizeirevier, gelungen ist, am 23. April d. J. zwei an einem Einbruch in ein Jagdhaus in Waldow beteiligte Personen sowie den bereits vorbestraften und bewaffneten Führer des Kraftwagens, in dem sich die Täter befanden, festzunehmen und den Kraftwagen mit Diebesgut und einer Schusswaffe sicherzustellen. Der Polizeipräsident hat ferner den beiden Landposten von Berlin-Cladow, Polizeihauptwachtmännern Brizke und Wapke, seine besondere Anerkennung ausgesprochen, weil es ihnen gelungen ist, durch aufmerksames und entschlossenes Verhalten in der Nacht zum 27. Juni 1931 drei Einbrecher, von denen zwei wegen ähnlicher Straftaten vorbestraft sind, auf frischer Tat festzunehmen.

Titel und Mittel.

Der Kampf um Berlins Besoldungsordnung / Entscheidung beim Schiedsgericht

Seit Monaten besteht zwischen der Stadt Berlin und dem Oberpräsidenten von Berlin ein Konflikt über die Besoldungsordnung. Der Oberpräsident hat durch Erlass vom 25. April eine Abänderung der Berliner Besoldungsordnung verlangt, wogegen der Oberbürgermeister im Namen der Stadtverwaltung Widerspruch erhoben hat.

Der Konflikt geht, wie so oft in Deutschland, um die Amtsbezeichnung, wobei aber die Beamten der Stadt Berlin wirtschaftlich sehr geschädigt werden sollen. Der Oberpräsident verlangt, daß die Besoldung nach der Amtsbezeichnung erfolgen soll, während die Stadt Berlin die Besoldung nach der wirklichen Tätigkeit der Beamten vornimmt. Es ist natürlich nicht schwer, neue Titel zu erfinden. Wenn es darauf ankäme, könnte man ja den Oberpräsidenten befriedigen.

Nun hat der Oberpräsident auch die Rotverordnung vom 5. Juni herangezogen, die bestimmt, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände nur dann etwas von den 60 Millionen, die das Reich den Gemeinden zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten bereitstellt (wozu noch 60 Millionen vom Freistaat Preußen kommen), wenn die Gemeinden entsprechend bei den Personalausgaben sparen. Es handelt sich auch hier um die famose „Angleichung“, die den Konflikt mit den Gemeindearbeitern hervorgerufen hat. Es schwebt nun ein Schiedsgerichtsverfahren darüber, ob die Stadt Berlin die Besoldungsordnung richtig handhabt.

Bei der Ueberweisung der Beiträge Preußens an die Stadt Berlin für die Monate Juli und August hat der Oberpräsident den Vorbehalt gemacht, daß die Zahlung abhängig gemacht werde von dem Nachweis, daß die Stadt den Ministerialerlass vom 26. Juni erfüllt. Am 15. August hat der Oberpräsident dem Oberbürgermeister

einen neuen Erlass zugehen lassen, in dem „die Stadt aufgefordert wird, die Gehaltszahlungen ab 1. Oktober nur nach Maßgabe des Beschlusses vom 3. Juni 1931“ zu leisten.

Auf Grund dieses Erlasses hat sich nun der Oberbürgermeister genötigt gesehen, die Anordnung zu treffen, daß mit Wirkung vom 1. Oktober die Besoldung der Beamten und Angestellten nach Maßgabe des letzten Beschlusses der Besoldungsbehörde vom 3. Juni gekürzt werde, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember um nicht mehr als 5 Proz., und für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1932 um nicht mehr als 7 Proz., ohne Berücksichtigung der reichsrechtlich bereits angeordneten allgemeinen Kürzungen. Die über den Betrag von 7 Proz. hinausgehenden Herabsetzungen sollen erst am 1. April 1932 in Wirksamkeit treten.

Es wird jedoch der Vorbehalt gemacht, daß, soweit das Schiedsgericht eine Entscheidung fällt, die die Beamten oder einzelne günstiger stellt, als es nach dem Beschluß des Oberpräsidenten der Fall ist, die entsprechenden Beträge nachgezahlt werden.

Es wird also von der Entscheidung des Schiedsgerichts abhängen, ob die angedrohten Kürzungen tatsächlich eintreten werden. Das Städtische Nachrichtenamt wendet sich gegen die Behauptungen, wonach die Stadt Berlin eine im Verhältnis zum Reich und zu Preußen zu hohe Zahl von Beamten im höheren und gehobenen mittleren Dienst beschäftige. Tatsächlich beschäftigte Berlin im höheren Dienst 4,9 Proz. Beamte, der Freistaat Preußen 17,49 Proz. Im gehobenen, mittleren Dienst hat Berlin 24,05 Proz., der Freistaat Preußen 23,29 Proz. Im einfachen mittleren Dienst hat die Stadt Berlin 56,80 Proz., der Freistaat Preußen 35,33 Proz. Im unteren Dienst hat Berlin 14,25 Proz., der Freistaat Preußen 23,87 Proz. Ein ähnliches Resultat ergibt ein Vergleich mit dem Reich.

Wir wollen hoffen, daß das Schiedsgericht nunmehr schnell seine Entscheidung trifft, damit die Unsicherheit von den Beamten der Stadt Berlin endlich genommen wird.

Um den Einheitsfahrtschein.

Sollen die Bewohner der Außenbezirke den Wanderstab ergreifen?

„Die neue Regelung bedeutet gleichzeitig einen wichtigen Schritt zur Verstärkung des Leistungsgedankens innerhalb des Tarifsystems. Die vermehrte Anwendung des Leistungsgedankens erscheint als ein Ziel, dem unbedingt zugestimmt werden muß, da der Einheitsfahrtschein durch die von Jahr zu Jahr zunehmende Verlängerung der von dem einzelnen Fahrgast zurückgelegten Reisestrecke eine im Vergleich zu den Unkosten sinkende Einnahmementwicklung bedeutet.“

(Bürgermeister Dr. Elsas auf einer Pressekonferenz am 14. August 1931.)

Auf dieser Konferenz wurden auch statistische Unterlagen für die Verlängerung der einzelnen Reisetrecken durch den Fahrgast gegeben. Während 1929 noch jede zurückgelegte Fahrt im Durchschnitt 4,30 Kilometer lang war, liegt die Entfernung 1930 auf 4,57 Kilometer und 1931 sogar bis auf 5,96 Kilometer. Das wäre an sich kein Argument gegen den Einheitsfahrtschein, wenn nicht eben Berlin eine halbe Million Erwerbslose hätte, zu denen noch mindestens eine halbe Million Angehörige kommen, so daß statt eine Million Berliner aus dem regelmäßigen Verkehr ausgeschaltet sind. Die BVG. hat also nicht die entsprechende Gegenleistung der Fahrgäste.

Nun führen die Gegner des Einheitsfahrtscheins aber an, daß diese Art des Tarifs eine anormale städtebauliche Entwicklung Berlins gefördert habe. In Wirklichkeit besteht der Einheitsfahrtschein erst seit 1927 und in dieser kurzen Zeit seines Bestehens hat er wahrhaftig nicht die tiefgehenden Wirkungen auf die städtebauliche Entwicklung Berlins gehabt, wie sie ihm zugeschrieben werden. Vielmehr hat noch der alte Staffeltarif die Entwicklung der Vororte im Zusammenhang mit dem Stadtgebiet entscheidend beeinflusst. Die verschiedenen Berliner Straßenbahnen hatten vor 1901 fast durchweg einen Teilstreckentarif. Am 1. Januar 1901 wurde auf der Groß-Berliner Straßenbahn der 10-Pf.-Einheitsfahrtschein eingeführt. Die Einführung dieses Einheitsfahrtscheins bedeutete aber noch keinen einheitlichen Straßenbahnfahrpreis. In den Vororten bestand noch eine ganze Reihe selbständiger Straßenbahngesellschaften. Wollte man die Linien verschiedener Gesellschaften benutzen, so mußten beim Uebergang besondere Fahrtscheine gelöst

werden, oftmals mit gestaffelten Preisen. Noch 1917 hatten noch dem Gutachten Prof. Gieses von 172 Straßenbahnlinien der verschiedenen Gesellschaften erst 94 einen reinen Einheitsfahrtschein, die übrigen Linien besaßen Teilstreckentarife mit Fahrpreisen von 10 bis 40 Pf. Erst durch die Gründung der Einheitsgemeinde Berlin wurden die verschiedenen Straßenbahnen zu einer einheitlichen Gesellschaft vereinigt und erhielten dann auch einen einheitlichen Fahrpreis. Nimmt man hinzu, daß bis 1927 die U-Bahn und die Omnibusse zum Staffeltarif fuhrten — von dem noch weit stärker gestaffelten Tarif der Reichsbahn ganz abgesehen —, dann ergibt sich daraus, daß Berlin sich städtebaulich im wesentlichen unter den Einwirkungen des Teilstreckentarifs entwickelt hat.

Andererseits ist der junge Einheitsfahrtschein nicht frei von Kinderkrankheiten. So fördert er die Entstehung von Siedlungen ohne Zusammenhang mit dem Stadtgebiet. Es stiegen auch die Grundstückspreise in den Außenbezirken viel schneller, als das wahrscheinlich bei einem Zonentarif der Fall gewesen wäre. Aber unter diesen Umständen hätte man den Kampf gegen die Grundstückspekulation aufnehmen müssen, denn soviel steht wiederum auch fest: die überfüllte Altstadt ist kein erstrebenswertes Wohngebiet, zumal kaum noch geeigneter Platz für Neubauten erhöhten Umfangs vorhanden ist. Bei der Anerkennung dieser Tatsache wird sich kaum jemand finden, um ohne weiteres über die Außenbezirke den Wanderstab zu brechen.

Ein Teilstreckentarif mit billigen Anfangsstufen, von denen die Hauptmasse der Bevölkerung einen Vorteil hätte, bedingt letzten Endes eine starke Gliederung der Fahrpreise, etwa von 15 bis 50 Pf. Bei der augenblicklichen Not der Massen ist an die Einführung eines derartigen Staffeltarifs nicht zu denken, das sagen sowohl der Aufsichtsrat wie die Direktion der BVG. Man kann zum Beispiel nicht die 20 Autobuslinien, die nach den Außenbezirken für 25 Pf. fahren, aber einen Verlust von jährlich 2,4 Millionen Mark bringen, einfach beseitigen. Deshalb beschränkt sich die Neuregelung der Verkehrstarife auch auf die Ausmerzungen der größten Nachteile des Einheitsfahrtscheins, wie dem Ausschließen der Schwarzfahrten.

Gaststätten, nicht Hezstätten!

Das Polizeipräsidium will energisch durchgreifen.

In der letzten Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Schanklokale, die den Angehörigen der radikalen Parteien und Organisationen von rechts oder links als Verkehrslokale dienen, Sammelplätze für Ruhestörer darstellen und den Ausgangspunkt von Zusammenstößen und Gewalttätigkeiten bilden. Der Polizeipräsident wird in Zukunft für solche Lokale, von denen Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung ausgehen, die Polizeistunde auf eine frühere Zeit festsetzen. Dies ist bereits für ein kommunistisches Verkehrslokal geschehen, das um 19 Uhr schließen muß. Es ist zu erwarten, daß für nationalsozialistische Verkehrslokale die gleiche Energie in Anwendung gebracht wird.

Die öffentlichen Gaststätten sollen der gesamten Bevölkerung dienen. Sie dürfen nicht Hezstätten für bedenkliche Elemente werden, die von hier aus zum bewaffneten Kampf gegen politisch Andersdenkende auf die Straße ziehen.

Polizeibeamte werden geschützt!

Sechs kommunistische Mordpropagandisten in Haft.

Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium, Amtsgerichtsrat Pieper, wurden gestern 6 Personen vorgeführt, die beschuldigt werden, in Weiskeser an zwei Stellen in der Nacht zum 11. August die Inhaftung angebracht zu haben: „Oberleutnant Böder, stelle Deine Uhr. KZB. ist Dir auf der Spur. Für jeden Arbeiter zwei Schupo-offiziere. KZB. übt Rache!“

Der Vernehmungsrichter hat gegen alle sechs Vorgeführte Haftbefehle erlassen wegen Verdachts der Bedrohung von Polizeibeamten und der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.

Hauptmann Lenk in Stargard beigekehrt.

Gestern erfolgte in Stargard die Beifehung des ermordeten Berliner Polizeihauptmanns Lenk. Die Berliner Schutzpolizei war durch ihren Kommandeur Heimannsberg, einige Offiziere und zahlreiche Beamte vertreten. Ferner nahmen an der Beifehungsfestlichkeit der Oberbürgermeister von Stargard, der Kommandeur der Stargarder Reichswehr, ein Vertreter des pommerischen Oberpräsidenten und der Steintiner Kaufsekretär des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teil. Berliner Schutzpolizisten feierten eine Ehrenfahne ab.

Riesenprozeß gegen Favag-Direktoren.

Frankfurt/M., 18. August. (Eigenbericht.)

Am 2. Oktober beginnt hier der Riesen-Prozeß gegen die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. (Favag). Für die Verhandlungen ist ein besonders geräumiger Saal am alten Frankfurter Justizgebäude vorgesehen. Man rechnet mit einer großen Anzahl auswärtiger Pressevertreter.

25 Jahre Chef der Berliner Feuerwehr.

Am 20. dieses Monats kann Oberbranddirektor Walter Gemp auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Berliner Feuerwehr zurückblicken. 1923 wählte ihn der Magistrat zum Chef der Berliner Feuerwehr. Unter seiner Leitung sind die vielgestalteten Feuerwehren der Gemeinde Groß-Berlin zu einem einheitlichen Ganzen zusammengelöst, die Automobilisierung durchgeführt und die übrigen technischen Einrichtungen, besonders des Feuerwehremwesens, so vervollkommen worden, daß die Berliner Wehr heute anerkannt zu den ersten der Welt zählt.

Kein „Fön“. Die Elektrizitätsgesellschaft „Sanitas“ erfucht uns, mitzuteilen, daß der Haartröcker, durch dessen Benutzung eine Frau getötet wurde, kein „Fön“-Apparat war, sondern das falsche einer anderen Gesellschaft.

Reichsbahn / Kraftverkehr / Spediteure.

Man gebe der Reichsbahn, was ihr gebührt. — Das Reich und die Interessenten.

Seit Jahren wird das Arbeitsgebiet der Reichsbahn immer stärker ausgehöhlt, so daß die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Reichsbahn bedroht wird. Der sogenannte Schenker-Vertrag, über den jetzt die Entscheidung fällt, hat die öffentlich- und privatwirtschaftlichen Gegensätze in der Reichsbahnfrage in scharfe Beleuchtung gestellt. Die hier vorliegenden Probleme werden im folgenden behandelt.

Die Personen- und Güterbeförderungstarife der Reichsbahn sind nicht gerade niedrig; aber man vergißt nur zu leicht, daß die Reichsbahn mit ihrem Anlagewert von 25 Milliarden das größte Vermögensobjekt des Reichs, neben den Verkehrsverpflichtungen große finanzielle Verpflichtungen besitzt. Von der äußeren Kriegslast des Reiches mit jährlich 1794 Millionen trägt die Reichsbahn 660 Mill. als sogenannte Reparationssteuer und 290 als Verkehrssteuer, insgesamt also nicht weniger als 950 Proz. Neben diesen 950 Millionen hat sie ferner an Kriegsforderungen — Pensionen der ehemaligen Beamten aus den abgetretenen Gebieten, Neuanlage von Grenzbahnhöfen, Ausgaben durch den polnischen Korridor, Vorzugslohnenden — weitere 450 Mill. zu tragen. Das macht insgesamt eine größtenteils unproduktive Vorbelastung von jährlich 1400 Millionen. Ueberlegt man sich, daß die Lohnsteuer rund 1300, die veranlagte Einkommensteuer nebst allen Zuschlägen 1289, alle Zölle 1175, die Tabaksteuer 1187, die Umsatzsteuer 1040 bedeutend weniger einbringen, dann erkennt man ohne weiteres

die überragende Bedeutung des Einnahmen der Reichsbahn für die Entlastung des Steuerzahlers.

Unfallgedenken muß es beunruhigend sein, daß die Reichsbahneinnahmen und auch die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn gefährdet sind. Die Gesamteinnahme der Reichsbahn betrug noch 1929 3354 Millionen Mark. Nach Abzug aller Leistungen blieb noch ein Ueberschuß von 179 Millionen Mark, der aber bereits im folgenden Jahre dazu benutzt werden mußte, ein Defizit von 312 Millionen (zusammen mit 133 Millionen Reichskrediten, die niedergeschlagen wurden) zu decken. Die Gesamteinnahme für 1931 wird knapp 4 Milliarden betragen, und es wird sich, trotz erheblicher Entlastung auf dem Sach- und Personalkonto, ein beunruhigend großes Defizit ergeben. Der Hoover-Plan kann die Reichsbahn nicht fühlbar entlasten, denn die finanzielle Erleichterung der Reichsbahn durch den Hoover-Plan muß das Reich für sich in Anspruch nehmen.

Natürlich erklärt zu einem Teil, wie überall, die Gesamtwirtschaftslage auch den Rückgang des Reichsbahnverkehrs und die Verschlechterung der Reichsbahnfinanzen. Zum anderen Teil aber hat man

diesen Rückgang der Konkurrenz des Kraftwagens zuzuschreiben.

Dem Kraftwagen gegenüber aber ist die Reichsbahn doppelt benachteiligt. Während das Auto eine Fahrstraße benutzt, die auf öffentliche Kosten unterhalten wird, zu der Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden die Hauptlasten tragen und der Anteil des einzelnen Kraftfahrzeugbesitzers sich auf den Bruchteil aus der Kraftfahrzeugsteuer beschränkt, hat die Reichsbahn für die Unterhaltung ihres Schienenweges jährlich über eine Milliarde Mark auszugeben, einen Betrag, der sich aus Gründen der Betriebssicherheit kaum kürzen läßt. Dem Kraftfahrzeug gegenüber tritt zu den 1400 Millionen politischen Belastungen noch diese Milliarde hinzu. Dazu kommen aber noch sachliche Benachteiligungen: Die Reichsbahn muß alle ihr zum Transport übergebenen Güter zu den festgesetzten Tarifen fahren, der Kraftwagen kann sich diejenigen Güter, aus denen sich hohe Frachgebühren herausheben lassen, aussuchen.

Bei den in Deutschland üblichen Staffeltarifen, nach denen Massengut (Kohlen, Getreide, Düngemittel, Kartoffeln, Lebensmittel usw.) zu billigen Ausnahmetarifen gefahren werden und die hochwertigen Güter, die meist als Stückgut ausgegeben werden, dementsprechend teureren Tarifen unterworfen sind, konnten für Befundungsmaßnahmen für die Reichsbahn in erster Linie nur diese Stückgüter in Betracht kommen. Deren Ausfall galt es wieder herbeizuholen. Und dazu waren zwei Maßnahmen notwendig. Einmal eine Verbilligung der Stückguttransportkosten auf der Eisenbahn, das andere Mal

eine Eindämmung des himmungslosen Unterbietens durch den Kraftwagen.

Der so auf eine mittlere Linie erstrebte Erfolg mußte den Frachtkunden veranlassen, wieder in höherem Maße als bisher der Reichsbahn die Aufträge zuzuführen. An den Stückguttarifen konnte man nicht gut mehr kürzen. Wollte man eine Verbilligungsoption zugunsten des Frachtkunden durchführen, so mußte man die Frachthilfsleistungen herabsetzen, die bisher überhöhten Rollgebühren

Während die freien Spediteure bisher für das An- und Abrollen der Güter von und zur Bahn für je 100 Kilogramm in Berlin 2 M. für An-, 1,25 M. für Abrollen, und die bahnamtlichen Roller daselbst 1,30 und 1,10 M. für dieselben Leistungen forderten, außerdem noch innerhalb der Stadt Zonenzuschläge erhoben, während in anderen Städten diese Hilfsleistungen bis 3,50 M. kofelten, gelang der Reichsbahn durch einen Generalvertrag mit der größten deutschen Speditionsfirma Schenker u. Co. eine Regelung,

nach der künftig in ganz Deutschland die Spediteure für jede Rollleistung nur noch für 50 Kilogramm 30, für 100 Kilogramm 50 Pf. vom Frachtkunden erheben dürfen und jeglicher Zuschlag verboten ist. Jeder Spediteur mußte als Vertragspartner aufgenommen werden, wenn er sich verpflichtete, diese Sätze innezuhalten und außerdem der Reichsbahn auf der Landstraße, auf weitere Strecken als 50 Kilometer vom Ausgangsort, keine Frachtkonkurrenz zu machen.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Regelung begann der Sturm der Spediteure auf die öffentliche Meinung. Sie sahen ein bequemes und risikoreiches Geschäft gefährdet und verstanden es, den unberechtigten Eindruck zu erwecken, als ob durch die Herabsetzung der Tarife eine ungeheure Schädigung des Volksganzen vor sich gehe. Der Verein deutscher Spediteure mit 1500 Mitgliedern langjährig mit Halbmillionenmitgliedern von Beschäftigten, die „verelenden“ müßten.

Nun, die Mitgliederzahl der Berufsgenossenschaft für gewerbmäßige Fahrzeughaltungen, der alle Führerunternehmer vom Droschkentreiber bis zum Spediteur, die Kohlen- und Baumaterialsfahrer, also zum geringsten Teil Güterspediteure, angehören, zählt insgesamt 43 373 Betriebe mit 154 892 Beruflichen, von denen 41 024 „Betriebsunternehmer und Ehegatten von diesen“ sind, auf. Die Lautstärke aber, mit der die Spediteure und ihr Wortführer, der Abgeordnete Wollath von der Wirtschaftspartei, brachte es dahin, die Reichsregierung und insbesondere den Reichsverkehrsminister von Guérard so kopfscheu zu machen, daß sie ängstlich zurückwich, die Reichsbahn im Stiche ließ und zusah, wie die Lage immer gefährlicher wurde.

Die Spediteure behaupteten nichts mehr und nichts weniger, als daß die Verbilligungsaktion eine — „kalte Sozialisierung“ sei.

und als bekannt wurde, daß man Schenker u. Co. in öffentlichen Besitz überführen wolle, sogar „eine Sozialisierung in des Wortes eigentlicher Bedeutung“. Sie brachten es sogar fertig, die Reichsregierung zu warnen, „weil sonst aus Grund der bestehenden Reparationsverpflichtungen weitere große Vermögensobjekte des deutschen Volkes dem Zugriff unserer ehemaligen Feinde ausgeliefert werden.“ (!)

Die Reichsregierung, die sich doch hätte sagen müssen, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn, in dem Leute wie Herr C. F. v. Siemens, Peter Kläcker, Otto Feidels, Paul Silberberg sitzen, also die Exponenten des Kapitalismus, zu allem andern als zu irgendeiner Form der Sozialisierung bereit sein würden, fiel prompt auf diese

Agitation herein, und während die Spediteure weiter ungestört ihre hohen Rollgebühren erhoben, wurde die Lage der Reichsbahn von Tag zu Tag schlechter.

Am innerfährlichsten aber wird das Verhalten der Spediteure, wenn man sich überlegt, daß die Selbstabholer, deren Gütermenge sich zu der von den Spediteuren abgefahrenen wie 4 : 3 verhält, durch die vom Vertrag vorgesehene Verbilligung in Zukunft kaum mehr eigene Führer unterhalten werden, so daß diese Güter praktisch dann auch den Spediteuren zufallen müssen. Die Spediteure aber ziehen offenbar das bisherige „leichte“ Geschäft mit seinen hohen Gebühren bei weitem vor. Menschlich ist das ja verständlich; aber daß auch hier schließlich der Steuerzahler den Spediteuren das Geschäft sichern und das allmähliche Verkommen der Reichsbahn ruhig mit ansehen soll, ist doch zu viel verlangt. Die Reichsregierung hat seit langem Preisabbau versprochen. Hier, wo er zum erstenmal in großem Umfange vor sich gehen könnte, verlagert sie.

Selbst der Reichsverband der Automobilindustrie hat schließlich Zugeständnisse gemacht, weil er sich darüber klar ist, daß sonst schließlich, beim Ausfall der von der Reichsbahn getragenen Lasten, der Steuerzahler auch noch diese tragen muß. Für die Spediteure, die nur an ihr Geschäft denken, scheinen diese Gründe keine Rolle zu spielen. Um so mehr muß endlich die Forderung erhoben werden, daß sich die Reichsregierung nicht weiter von einer Agitation blaffen läßt, die nur ihre Lautstärke auszeichnet, hinter der aber praktisch nichts steht als das bequemere private Geschäftsinteresse.

Gleiwitz und Malapane verkauft.

Weil Staatsgelder für alle Welt da sind, nur nicht für den Staat.

Wie wir gestern mitteilten, sind mit Wirkung vom 1. September die preussischen Eisengruben- und Stahlwerke in Gleiwitz und in Malapane an die Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G., einen privaten Montankonzern, verkauft worden. Ueber den Verkaufspreis sind Zahlen nicht bekanntgegeben worden. Jedenfalls wird die Barauszahlung, die sich auf mehrere Jahre erstrecken soll und erst später voll verzinslich ist, unter 2 Millionen Mark liegen. Die Belegschaften von zuletzt etwa 870 Arbeitern müssen von dem Oberhüttenkonzern weiter beschäftigt werden. Aber auch für die Durchführung dieser Bestimmung hat die Preussische Bergwerks- und Hütten-A.-G. (Preusag) das Opfer bringen müssen, daß sie in den ersten drei Jahren für eventuell dadurch eintretende Verluste haftet. Die hierbei notwendige Kontrolle wird von einer Treuhändergesellschaft durchgeführt. Außerdem entsendet Preußen ein weiteres Mitglied in den Aufsichtsrat der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G.

Es ist gar kein Zweifel, daß dieser Verkauf für die Preusag ein schlechtes Geschäft ist.

Vollwirtschäftlich läßt sich der Verkauf überhaupt nur rechtfertigen unter dem Gesichtspunkt, daß die drei Montangruppen in Oberschlesien, Preusag, Oberhütten und Borzig, betrieblich und finanziell zu einheitlicher Produktion und Verkaufstätigkeit zusammengefaßt werden. Das ist notwendig, weil in erster Linie die schlechte Frachtlage in Oberschlesien trotz der günstigeren Lohnverhältnisse ein günstiges Arbeiten der drei Gruppen, die sich bisher in scharfer Konkurrenz gegenüberstanden, trotz großer finanzieller Aufwendungen zur Rationalisierung bisher verhindert hat. Die Familie Borzig hat freilich bisher übertriebene Forderungen gestellt — dazu wurde sie offenbar durch die letzten Subventionen noch ermuntert — und damit den Zusammenschluß verhindert. Die Borzigs haben in Oberschlesien Eisen- und Stahlwerke sowie Kohlengruben.

Der vollwirtschäftliche Zweck des Verkaufs der Preusag ist also noch nicht erreicht. Man muß aber auch annehmen, daß die Gründe für den Verkauf nicht in erster Linie vollwirtschäftlicher, sondern finanzpolitischer Natur waren. Die öffentliche Wirtschaft ist seit Jahren unter den schwersten politischen Druck durch das Privatkapital gesetzt, und der preussische Finanzminister zieht offenbar daraus die Konsequenz, daß neue Aufwendungen für die preussischen Werke in Oberschlesien nicht mehr gemacht werden dürfen. Das geschieht in einem Zeitpunkt, in dem es selbstverständlich ist, daß

Staat und Reich für die Privatwirtschaft Gelder in Hülle und Fülle haben,

abwohl noch kein Mensch daran denkt, die in der Privatwirtschaft notwendige Vereinigung, wo Banken und Unternehmer dazu unfähig oder nicht bereit sind, durch wirtschafts- und finanzpolitische Eingriffe zu erzwingen. Man bedenke außerdem, daß der übernehmende Oberhüttenkonzern 36 Millionen staatliche Darlehen hat, die er sehr niedrig verzinst.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Verkauf der ober-schlesischen Preusagwerke in hohem Maße bedauerlich. Selbst die Weiterbeschäftigung der Belegschaft, die sozial erfreulich ist, bessert die Lage nicht sehr. Man muß aus dem Verkauf die Lehre ziehen, daß es in unerträglicher Weise der privatkapitalistischen Agitation gelungen ist, die Finanzbürokratie zur Schädigung von staatlichen Wirtschaftsinteressen selbst da zu veranlassen, wo im Vergleich zur Privatwirtschaft eine Ueberlegenheit der öffentlichen Wirtschaft besteht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die die Gleiwitz-Malapane-Werke übernehmende Oberhütten-gesellschaft selbst nicht besser, sondern wahrscheinlich schlechter dastehen als die Werke der Preusag.

Die Werke in Gleiwitz und Malapane sind technisch hochstehende Werke, in denen mindestens 4 Millionen Mark in den letzten Jahren investiert worden sind und die nur durch die Grenzziehung und durch die schlechten Frachverhältnisse in ungünstigster Weise vorbelastet sind. Gleiwitz hat Eisenerze mit 10 Oasen und produziert außerdem Maschinen für Bergbau- und Hüttenbetriebe (zuletzt 470 Mann

Belegschaft) und Malapane hat höchst moderne Stahlgießereien und eine Radfabrik mit 5 Elektro- und Martinöfen (Belegschaft zuletzt 400 Mann). Im günstigen Konjunkturjahr 1928 überstieg der Produktionswert der beiden Werke 7 Millionen Mark. Der Anteil der Löhne wurde seit 1924 halbiert, die Leistungen dem Werte nach pro Kopf verdoppelt und das Verhältnis von Lohnsumme und Verkaufswert hat sich von 60 auf 33 Prozent gesenkt.

Das sind Ziffern, die sich mit jedem privaten Werk in Rheinland und Westfalen messen können und die beweisen, daß in der Tat nur ganz außergewöhnliche Verhältnisse, wie die genannte unglückliche Frachtlage und vor allem die staatliche, durch die privatkapitalistische Agitation geförderte Sparbarkeit am falschen Ort, den Verkauf erzwingen konnten.

Die Krise des deutschen Kreditwesens in den letzten Wochen hat die Zwangslage für den Staat natürlich noch verschärft und die Möglichkeiten noch verringert, bessere Konjunkturverhältnisse abwarten zu können. Man darf freilich gespannt sein, wann die Herren von Borzig bereit sein werden, zu anständigen Bedingungen und ohne neue Subventionen zu ver-langen, ihrerseits den Zusammenschluß in Oberschlesien zu fördern, mit dem wie gesagt die einzige Rechtfertigung des Verkaufs der preussischen Werke gegeben wäre.

Rheinische Landesbank.

Die Abwicklung der Verbindlichkeiten.

Nach langen Verhandlungen ist es endlich gelungen, mit den Bankengläubigern der Landesbank der Rheinprovinz ein Uebereinkommen zu treffen, das es der Landesbank ermöglicht, ihren Betrieb wieder aufzunehmen.

Wie wir schon mitteilten, ist der Status der Landesbank rein ziffernmäßig durchaus aktiv. Es galt also nur, die Gläubiger zum Stillhalten auf einige Zeit zu bewegen, bis die Bank die aus-geliehenen Gelder wenigstens zum Teil wieder hereingeholt hat. Wegen der Devisenzwangswirtschaft ist die Frage der Valuta-schulden — nur etwa 3 Proz. aller Verbindlichkeiten sind direkt dem Ausland geschuldet — vorläufig zurückgestellt worden. Von den auf Reichsmark lautenden Schulden, soweit sie bis zum 31. August fällig sind, wird die Hälfte sofort oder am Fälligkeitstage gezahlt; für die andere Hälfte halten die Gläubiger sechs bis zwölf Monate lang still. Zur Abdeckung derjenigen Mark-schulden, die in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember dieses Jahres fällig werden, sind die zurückgebliebenen Forderungen der Landesbank zu verwenden. Bis zur Höhe von 50 Proz. der vom 1. September bis 31. Dezember fälligen Beträge werden vom Reich und vom preussischen Staat Schahanweisungen zur Verfügung gestellt, die von der Reichsbank rediskontiert werden. Für die zweite Hälfte dieser Beträge halten die Gläubiger eben-falls still.

Für die Barauszahlung hat die Reichsbank 75 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Betrag an Schahanweisungen, den die Landesbank erhalten hat und bei Bedarf bei der Reichsbank rediskontieren kann, wird auf 250 Millionen Mark be-ziffert.

Zur Abwicklung der getroffenen Vereinbarungen ist Staats-finanzrat a. D. Wehlien von der Deutschen Girozentrale vom preussischen Innenminister zum Staatskommissar für die Landesbank der Rheinprovinz bestellt worden.

Der Zementabsatz im Juli. Der Verkauf an Zement belief sich im Juli auf 452 000 Tonnen gegenüber 448 000 Tonnen im Juni 1931 und 576 000 Tonnen im Juli 1930.

Zahlungseinstellung einer Hausbank. Die Bank für Hausbank, Handel und Gewerbe G. G. m. b. H., Ludwigs-hafen, gibt bekannt, daß sie sich genötigt sieht, ihre Schalter vor-übergehend geschlossen zu halten. Die Bank hat Schritte unter-nommen, die eine baldige Wiedereröffnung und einen normalen Geschäftserkehr ermöglichen sollen.

Maurice Renard:

Die rätselhafte Begebenheit

Anbei die Tatsachen in ihrer geheimnisvollen Rührtheit. Vier Zeugen: Régis Raublanc, seine Frau, meine Schwester Suzn und ich können sich für ihre Richtigkeit verbürgen.

Ich stehe hier dafür ein, daß wir uns im Vollbesitz unserer Fähigkeiten befanden. Der Vorfall ereignete sich in Paris, bei mir zu Hause, in meinem Arbeitszimmer, um 10 Uhr abends. Wir hatten gerade gespeist, doch lege ich Wert darauf zu bemerken, daß keine übermäßigen Tafelfreuden unsere Sinne verwirren konnten. Zudem zeigte auch niemand von uns weder Ueberreizung noch Uebermüdung. Wir waren vollkommen gleichmütig und bei klarem Verstand. Die Annahme einer Kollektivhalluzination ist unzulässig.

Wir plauderten in Ruhe über Dinge, die dem, was ich erzählen will, durchaus fern lagen. Das elektrische Licht erleuchtete hell, bis in seine äußersten Winkel den Raum, der, ich muß es sagen, recht traulich, abseits von jedem Lärm, gut abgeschlossen ist.

Wie jeden Abend und ohne dem größere Bedeutung als gewöhnlich beizulegen, öffnete ich die Klappen des Radioapparates und schaltete ein. Worauf Suzn, als sie dies bemerkte, nach einer Funkezeitung griff und die Tagesprogramme überflog.

Bis hierher war alles durchaus natürlich. Der Lautsprecher ließ sein gewohntes Schnarren, sein abgebrochenes Geknatter hören. Es klang, als ob unsichtbare Rachen, zornig oder spöttisch, miauten. Nach den Angaben Suzns suchte ich die Wellenlänge für Toulouse. Ich erinnere mich genau, daß Régis in diesem Augenblick von seiner Diamanthehe, in der er saß, diese Bemerkung machte:

„Warum Toulouse? Warum irgendein bestimmter Ort? Gibt es etwas Ergreifenderes als diese seltsamen Klageklänge, die, man weiß nicht woher, kommen? — Ach, dieser Schmerzschrei! Hören Sie nur... und diese Trommeln...“

Ich drehte mich um, ein Sächlein auf den Rippen, und Régis zu Gefallen, ließ ich den Apparat nach Bestehen rumoren.

Da war es, daß ich mit einem Male ein gebieterisches „Still“ ausstieß, um Suzn zu veranlassen, endlich aufzuhören, das Programm von Toulouse laut vorzulesen.

Régis hatte sich erhoben. Reglos lauschten wir dem dumpfen und latmosphärischen Wirbel, der aus der Schallöffnung drang. Auf mein Wort, ein seltsamer Wirbel.

„Ich sage dir, es sind Trommeln!“

„Du bist nicht recht gescheit“, flüsterte Frau Raublanc.

„Hören Sie zu, ich bitte Sie darum“, sagte ich ihr mit aufs äußerste gespannter Reugler. „Der Apparat ist momentan auf keinen bestimmten Ort eingestellt, und ich gestehe...“

Meine Hand streckte sich plötzlich, Schweigen gebietend, vor. Was Régis Trommeln nannte, bewirkte in der Tat das dumpfe Rollen von ungefähr 20 Instrumenten, die im Sturmtempo bearbeitet wurden. Aber, unter diesem Geräusch, oder hinter diesem Geräusch vernahm man das unermessliche Getöse einer unruhigen Volksmenge, und unmittelbar darauf erklang nur der gewaltige Lärm dieser Menge. Die Trommeln hatten aufgehört zu schlagen.

„Es ist unmöglich“, dachte ich. „Meine Phantasie verändert die Töne. All das sind Nebengeräusche, nichts anderes.“ Aber Stimmen wurden laut. Ein Geschrei überdünnte das gewaltige menschliche Stimmgemirr:

„Es lebe die Nation! — Tod den Tyrannen! — Die Freiheit oder der Tod!“

Ein erregende Pfiffstimme, die eines Kindes oder einer Frau stimmte an:

„Ah, Ça ira, ça ira, ça ira!“

Und dann kam durch dieses tönende Meer irgendetwas näher, gleichsam eine Flut von Schimpfwörtern und von Vermüthungen, die sich langsam vorshoben und einen unbeschreiblichen Aufruhr entfesselte.

Hierauf erschallte ein militärisches Kommando, kurz, scharf, das wir nicht zu erfassen vermochten. Sogleich setzten die Trommeln wieder ein, nicht mehr im Takt, doch so, daß ein fortgesetzter und bedäunender Donner grallte, in den für einige Sekunden ein anderes Geräusch hineinklang, wie von Rädern, die dumpf über derbes Pflaster rollten.

Eine Minute verstrich mit Sturm. Alsdann drang, ungeachtet

dieses Tumultes, ein furchtbarer vielstimmiger Aufschrei bis zu uns — der Ausdruck eines ganzen Volkes — sich gegen jemand wendend. Gegen wen?

Wir unterchieden:

„Capet! Capet! Zu Tode!“

Régis blickte mich an, das Auge vor Staunen geweitet. Aufmerksam und stumm hatten die beiden Frauen sich dem Lautsprecher genähert.

Die Trommeln hörten fast gleichzeitig mit Schlagen auf, doch nicht alle zusammen. Jemand rief undeutlich, mit einer keuchenden, ersticken Stimme:

„Bürger, ich schwöre... niemals... das Glück des Volkes...“

Ein Kreischen schnitt diese Worte ab.

„Die Trommeln, Herr des Himmels!“

Der Stuch verhallte in dem wilden Trommelschlag. Fast unmittelbar darauf ertönte ein Schlag, der schwer wie ein Hammer niederfiel.

Alles verstummte mit einem Male, und ich kann versichern, daß wir die Bestürzung, die eintrat, förmlich hörten.

Régis streckte den Arm aus. Ich glaubte zuerst, er wende sich an den Fenster, der dem Volk den Kopf des Hingerichteten entgegenhielt. Aber der Richtung seiner Bewegung folgend, gewahrte ich meinen Kalender und las: 21. Januar.

Aus dem Lautsprecher drangen jetzt allerhand Nebengeräusche. Er stieß einige Pfeifentöne aus, die keinen Sinn mehr hatten. Ich unterbrach die unsichbare Sendung. „Sehr gut gelungen“, sagte Frau Raublanc, „ein wenig phantastisch, aber wirklich eindrucksvoll. Das war Toulouse?“

„Nein“, entgegnete ich, „das ist nicht Toulouse. Es ist „Rigendwo“. Oder vielmehr, es war in Paris, vor Zeiten... denn Sie können es nachprüfen. Kein Programm kündigt diese düstere Wiederaufnahme an.“

Indessen sagt mir Suzn, „du setzt nicht voraus, daß...“ „Man muß ins klare kommen“, erklärt Régis, auf dem Gipfel der Reugler. „Alles ist möglich bei diesen Erfindungen, die in das Unbekannte herabreichen.“

„Warten Sie“, warf ich ein. „Herr de Mariel, der Historiker, wohnt über uns. Ich kenne ihn oberflächlich. Er ist auch Radiohörer; unsere beiden Antennen liegen nebeneinander auf dem Dach. Vielleicht hat er daselbst gehört wie wir... ich telephoniere ihn an, nicht wahr? Er wird uns zumindest sagen...“

Ich berichte hier wortwörtlich, was Herr de Mariel mir antwortete, als ich ihn fragte, ob er gleichzeitig mit mir am Funkapparat gehört hätte.

„Ja, lieber Nachbar. Jetzt, gerade im Augenblick. Aber ich habe die Hörer eben abgenommen, denn ich bin heute abend nicht in Stimmung. Meine republikanische Gesinnung ist Ihnen jedenfalls bekannt. Heute ist der Jahrestag der Hinrichtung Ludwigs XVI., der sehr gut gegen meine Familie war. Während ich mich zwingen, irgendeinem gleichgültigen Konzert zuzuhören, könnte ich nicht umhin, alle Einzelheiten dieses schrecklichen Vorganges vom 21. Januar 1793 in meinen Gedanken wiederaufleben zu lassen, und am Ende habe ich vorgezogen, mich meinen Träumereien zu überlassen.“

Ich wünschte ihm gute Nacht und hing den Hörer mit einer Eile wieder an, über die er sich verwundern mußte.

„Nun also?“ sagte mir Suzn.

Aber ich war wie geistesabwesend. Und den Kopf in den Händen, ohne die an mich gestellten Fragen zu beantworten, wiederholte ich mir, gleichwohl etwas weniger verblüfft als zuvor:

„Und unsere beiden Antennen... unsere beiden Antennen liegen da oben auf dem Dach, die eine neben der anderen, die eine neben der anderen!... Also?... Uebertragung?... Gehörsübertragung des Gedankens?... Ist das möglich, oder mo denn?... Weniger unmöglich auf jeden Fall, als die erste Vermutung!...“

„Nun, und?“ wiederholten Suzn und Frau Raublanc gleichzeitig. Ich gab meine Erklärung.

„So!“ sagte Suzn lüchlich enttäuscht. „Das ist alles!“

Das sind die Tatsachen in ihrer geheimnisvollen Rührtheit. (Autographische Uebersetzung von Olga Stöckl.)

Mein Bruder endigt durch Selbstmord

Die in diesem Artikel mitgeteilten Tatsachen beruhen auf Wahrheit. Der Artikel erschien in der amerikanischen, sehr seriösen Zeitschrift „The New Republic“. Der Autor ist Professor an einem amerikanischen College, der aus begründlichen Gründen seinen Namen verschweigt. Die Uebersetzung stammt von H. Reismann.

Genau vor einer Woche begab sich mein Bruder, durch die langandauernde Arbeitslosigkeit aufs tiefste deprimiert, in ein Hotelzimmer billigen Ranges in Texas und machte seinem Leben durch einen Schuß ein Ende. Obwohl ich seit 30 Jahren ununterbrochen als Professor an einem amerikanischen College wirkte, machte es mir selber große Schwierigkeiten, um das Geld dafür aufzubringen, daß mein Bruder in der bescheidensten Art seinem Stände gemäß bestattet werden konnte. Ich konnte es mir nicht leisten, zu seinem Begräbnis zu fahren. So wurde er also ohne jedes Zeremoniell bestattet, nur daß das Leichenbestattungsunternehmen vier Bahrtreger beistellte und ein paar Worte bei seinem offenen Grabe gemurmelt wurden.

Fast zur selben Stunde, da sich mein armer Bruder in seiner weit entferntesten Grenzstadt das Leben nehmen mußte, starb etwa fünf Meilen von meinem Wohnort entfernt ein Mann, der 20 Millionen Dollar in seinem Besitze hatte. Mein Bruder starb ohne jeden Freund oder einen Bekannten in seiner Nähe. Mein Nachbar aber, der Multimillionär, war von drei der berühmtesten ärztlichen Autoritäten, drei wohlgebildeten Pflegerinnen und einer Anzahl höchst erwartungsvoller Freunde umgeben.

Dieser plötzliche tragische Tod meines Bruders in der letzten Woche hat in mir eine Flut von seltsamen Gedanken aufkommen lassen, wie ich sie niemals zuvor in der ruhigen Laufbahn meines akademischen Lebens zu denken gemohnt war. Dunkle Fragen bestürmten mein Inneres, die ich vergeblich zurückweise — Fragen, die ein bitteres Gefühl in mir aufkommen lassen — Fragen, die mein Herz mit Wehmut erfüllen und zu brechen drohen.

Mein Bruder war ein sehr geschickter Mann in seinem Fache, er besaß sich mit dem Verkauf von Metallarmaturen. Seine Kenntnisse haben der Industrie und dem Handel viel Nutzen gebracht. Er hatte stets sehr fleißig gearbeitet und war bereit, es bis zu seinem letzten Augenblick zu tun. Aber die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursachte ein Nachlassen der Nachfrage und Bestellungen, mein Bruder wurde in seiner Vertretungstellung gefündigt, besser gesagt, aufs Pflaster geworfen, wie ein Stück Vieh, das nicht mehr schänden kann und sich jetzt Nahrung und Unterstand suchen soll, wo es will.

Ich habe gesagt, daß mein Bruder ein verwendbarer Mann war und sich sehr bemühte, seine Existenz zu haben. Der Multimillionär, der fast zur selben Stunde starb, hatte während seines ganzen Lebens durch seine eigene Arbeit seinen Wert geschaffen. Er hatte sein Vermögen als Realitäten und Ländereien ererbt und bloß zugekauft, wie sein Vermögen ständig wuchs. Er lebte sein ganzes Leben lang in größtem Luxus. Mein Bruder aber, den die Arbeit zugrunde gerichtet hatte, lag stundenlang in seinem eigenen Blute in dem armen Hotelzimmer, ehe man seine Leiche fand.

Während dieser Tage nun, da das Telegramm kam und mir seinen Tod meldete, bestürmten mich immer und immer wieder diese Fragen: Kann dies die Absicht der sogenannten amerikanischen Zivilisation sein? Ist es das, was unsere hochtrabende industrielle und kommerzielle „Leistungsfähigkeit“ zum Endspiel hat, daß ein geschickter Arbeiter, ein Mann, der seinem Geschäft mit allem Pflichteifer oblag, der sich bemühte, all seine Kenntnisse zu verwenden, gezwungen werde, zwischen zwei Dingen zu wählen: langsame Hungertod oder Selbstmord? Ist es möglich, daß unsere Vorfahren — die wirklichen Vorfahren meines Bruders und von mir — deshalb in der amerikanischen Revolution ihr Blut vergossen haben, daß eine Nachkommenschaft in seinem industriellen und ökonomischen Leben so barbarisch ist, um einen Mitbürger zu zwingen, sich eine Kugel in den Kopf zu jagen, wenn er nicht lieber sterben oder auf der Gasse betteln will?

Kann es möglich sein, daß 2000 Jahre nach der Eihil des Nazareners die Zivilisation noch nicht so weit ist, daß Unternehmer eine Verantwortung gegen ihre Arbeiter und Angestellten zu tragen haben? Kann es möglich sein, daß in einer Nation, die auf den Prinzipien der Demokratie und Brüderlichkeit gegründet wurde, Industrieherrn Menschen Jahr um Jahr ausbeuten können, damit sie ihre Geminne einheimen und daß sie dann, wenn einen Augenblick lang dieser Profit nicht eingefloßt wird, die arbeitende Kraft in demütigende und todbringende Armut stürzen dürfen? Kann es überhaupt möglich sein, daß Arbeitgeber, die Menschen in großer Anzahl für sich arbeiten lassen, keinerlei Verpflichtungen, keinerlei Beziehungen zu ihren Arbeitern fühlen können?

Denn es besteht eine Verpflichtung nach solchen Beziehungen, wenigstens eine solche doch, die zwischen einem menschlichen Wesen und einem alten Hunde oder einem Arbeitstier besteht. Unweit von meiner Wohnung treibt sich ein alter grauer Gaul auf einem ihm zugewiesenen Plage herum. Diese Jahre war dieses Tier ein

Rennpferd, das seinem Herrn Tausende von Dollars verdiente. Und heute hat der alte Gaul nichts anderes zu tun, als in der warmen Sonne zu stehen oder über den Jaun zu lugen, um ein Stück Zucker aus der liebenden Hand seines Herrn zu bekommen. Wenn der Herr dieses alte Rennpferd auf die Straße jagen würde, ich glaube, die ganze Nachbarschaft würde sich zusammenrotten und den Herrn lynchen.

Und ist es möglich, daß mein Bruder lieblosler behandelt werden konnte als solch ein Stück Vieh? Auch er hat, genau wie jenes alte Rennpferd, seinen Unternehmern Tausende von Dollars eingebracht. Auch er mußte seine Rennbahn vertrauensvoll, hingebungs- voll, ernst und erfolgreich ablaufen, solange es einen Gewinn für seinen Chef gab. Ist das menschlich, einen Arbeiter dann einfach aufs Pflaster zu werfen, oder gar „christlich“, wenn das Wettrennen auf der kommerziellen und industriellen Bahn für eine Zeitlang unterbrochen wird? Besteht nicht ein moralischer Kontrakt zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, der ihm in den Tagen der Prosperität so treu gedient hat, daß eine solche große Korporation, wie es ein amerikanisches Unternehmen ist, ihm auch in diesen Tagen Brot und ein Dach geben mußte?

Dies sind die schweren Gedanken, die mich, einen ruhigen Professor an einem College, quälen und nicht zur Ruhe kommen lassen, seit mein Bruder freiwillig aus dem Leben schied. Bald wird wieder mein Unterricht beginnen. Und wieder werde ich ins Klassenzimmer treten, um den Studenten die hohen Ideale der Brüderlichkeit in Tennysons „Königshöfen“ zu erklären. Und wieder werde ich versuchen, auf diese jungen Seelen den Sinn der brüderlichen Pflichten zu erläutern, die in George Elliss „Adam Bede“ ausgedrückt sind. Und wiederum werde ich mich bemühen, über die Aussichten einer besseren und edleren Zivilisation zu sprechen, wie sie in unseren Epikern, Romanschreibern ausgedrückt sind. Aber alle die Zeit hindurch, fürchte ich, werde ich den kalten Sarg meines Bruders vor mir sehen, wie er von vier fremden Männern in einer fernen Stadt im Texas ins Grab herabgelassen wird. Die ganze Zeit über, fürchte ich, werde ich den bitteren, erdrückenden Gedanken nicht von mir bannen können, daß mein Bruder das Opfer eines grausamen, wahnsinnigen industriellen Systems unserer Zeit wurde.

Mein Bruder ruft aus seinem verlassenen Grabe in Texas. Er ruft mich und uns alle, um aus der geistigen Schaffheit zu erwachen, in die uns unser Industrialismus gebracht hat. Wir müssen uns die bittere Tatsache eingestehen, daß trotz aller Gesen von Philantropie und unserem leeren Geschwätz von christlicher Brüderlichkeit, in unserer industriellen und kommerziellen Welt noch immer das Gesetz des Jangles vorherrscht. Mein Bruder ruft es allen denkenden Amerikanern zu, daß sie, die die Macht über das Leben und den Tod der amerikanischen Arbeiterschaft in ihren Händen haben, noch nicht sozial Liebe für ihren Nebenmenschen aufbringen konnten, um einen Dollar finanziellen Verlustes für ihn zu riskieren.

Vielleicht ist mein Bruder und sind andere ihm ähnliche Opfer nicht vergeblich gestorben. Denn vielleicht mag es doch so sein, daß wir erst in Gegenwart des tragischen Todes begreifen müssen, daß ein Menschenleben, daß Menschenglück und eine Menschenseele mehr wert ist als Profit, ausgedrückt in Dollars. Und vielleicht wird durch das Martyrium meines Bruders und durch das jener vielen Tausend anderen, die unter der erdumtungslosen Woge unseres Wirtschaftssystems zu Tode gedrückt werden, diese Welt des Handels und der Industrie doch zu der Erkenntnis gelangen, daß das Geschäft wohl sein muß, aber nicht bloß, um Güter zu erzeugen, sondern für alle Menschen die Gesundheit zu schaffen, zu leben, und nicht bloß dies, zu leben in Freude und etwas Glückseligkeit — durch die Güter dieser Welt.

Aegyptische Kunst in Schweden

Mit einer aufsehenerregenden Mitteilung von großer geschichtlicher Bedeutung tritt der heronnagende schwedische Archäologe Dr. Frederik Martin heroor. Auf Grund neuester Funde behauptet er nämlich, daß Glas und Wollgewebe vor 15000 Jahren von Aegypten nach Schweden eingeführt wurden und daß die noch heute in dem schwedischen Dalecarlien gebräuchlichen Gewebemuster dieselben Formen aufweisen, wie die modernen Stoffe von Mittelägypten. Damit wäre also erwiesen, daß die Wikingerkultur von Aegypten her beeinflusst wurde, und es ist möglich, daß diese kühnen Seefahrer sogar bis nach dem Niland gekommen sind. Als vor kurzem ein Grab der frühen Wikingerkultur ausgegraben wurde, fand man hier Stücke farbigen Glases, und Dr. Martin, der ein großer Kenner auf diesem Gebiete ist, erklärte, daß das Glas aus dem Dorf Aschmunein in Oberägypten stammen muß. Dieser Ort scheint während der Römerzeit ein internationaler Mittelpunkt der Glasherstellung gewesen zu sein, denn von hier stammende Glaswaren sind auch in China gefunden worden. Ebenso ist der Gelehrte durch andere Funde insondere gemessen, den Ursprung der bis auf den heutigen Tag fortwirkenden schwedischen Legitkultur bis zu einer ägyptischen Stadt zurückzuführen, die früher wegen ihrer Ausfuhr von Wollstoffen berühmt war. Martin glaubt auch, daß ägyptische oder jüdische Goldschmiede um Jahr 500 n. Chr. in Schweden gearbeitet haben. Man hat auch die Vermutung ausgesprochen, daß die so bewundernde Form des Wikingerschiffes aus Aegypten herkommt. Ein anderer Beweis für die Verbindung Schwedens mit fernem Ländern in dieser frühen Zeit sind die in Skandinavien auftretenden Elefantenzahnezeichnungen, die aus dem Orient herkommen. In manchen Fällen ist die Wiedergabe der Tiere so naturgetreu, daß man einen direkten Einfluß annehmen möchte.

Wie der Spatz nach Amerika kam

Der Spatz war noch im Jahre 1850 in Amerika unbekannt. Mehrmals machte sich zu jener Zeit eine verderbliche Raupenplage bemerkbar, und man entsann sich des europäischen Blesfräses, der auf der Plage hätte Herr werden können, hätte man ihn nur in Amerika gehabt. Im Jahre 1850 führte daher die Leitung des Brooklyn-Instituts acht Spatzpaare ein, die jedoch wahrscheinlich infolge unrichtiger Behandlung zugrunde gingen. Im Jahre 1852 brachte man dann eine größere Anzahl aus England herüber, die während des Winters sorglich gepflegt wurden. Man setzte sie dann im Frühjahr 1853 auf einem Friedhof, dem Greenwood Cemetery, aus. Dort vermehren sie sich sehr rasch. Im Jahre 1875 wurden die ersten Spatzen in den Straßen der Stadt Hamilton gesehen, und ein damaliger Bericht des Landwirtschaftsamtes spricht sogar bereits von den Spatzen als einer „Vest“. Philadelphia führte unabhängig von Brooklyn Spatzen ein. Die Raupenplage war dort 1869 so groß, daß die Wälder in der Umgebung der Stadt und die damals noch vorhandenen Ahornbäume völlig entlaubt wurden. Die Stadtväter beschloßen daher, einen Mann nach England zu schicken, der den Transport von Spatzen sachverständig leiten könnte. Die Wahl fiel auf John W. Braden in dem Dorfe Germantown. Aus einer heute noch vorhandenen Zahlungsanweisung geht hervor, daß Braden 1000 Spatzpaare mitbrachte. Die Raupen verschwand, der Spatz blieb; ein ebenso großer Nimmermann wie in den Ländern der Alten Welt. Geblieben ist auch Bradens Haus, in dem er seinen Spatztransport unterbrachte. „Sparrow Jads's House“ (Spatzen-Tatohs-Haus) heißt es, und eine Tafel berichtet von seiner Spatzengeschichte.

Berlins Wohnungsbau gedrosselt

In Wilmersdorf wurde noch am meisten gebaut

Die wirtschaftliche Depression macht sich neuerdings auf dem Gebiete des Wohnungsbau in einem starken Nachlassen der Neubautätigkeit bemerkbar. Während im Laufe des ersten Halbjahres 1930 in Berlin insgesamt 4447 Gebäude gebrauchsfertig abgenommen wurden, sank die Zahl der überhaupt erstellten Neubauten im Laufe der sechs ersten Monate dieses Jahres auf 2544, unter denen sich 2226 Wohngebäude befanden, während die übrigen 318 Neubauten für öffentliche, gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke errichtet wurden. Demgegenüber belief sich die Zahl der neu errichteten Wohngebäude im ersten Halbjahr 1930 auf 3887.

Wo wurde nun in Berlin in diesem Jahre am meisten gebaut? Wiederum stehen die Außenbezirke, die noch genügend Bauland aufzuweisen haben, an der Spitze der Bautätigkeit. Während im Bereich der dicht besiedelten sechs Innenbezirke insgesamt nur 676 Wohnungen errichtet wurden, darunter die meisten in den Verwaltungsbezirken Prenzlauer Berg (435) und Wedding (239), entstanden gleichsam über Nacht vollkommen neue Stadtteile in südlichen und westlichen Vororten, die sich als Wohngegenden einer steigenden Beliebtheit erfreuen. Mit einem Zuwachs von 1437 Wohnungen steht Wilmersdorf an erster Stelle; in nur geringem Abstände folgt Tempelhof mit 1437 im Laufe der ersten Monate dieses Jahres erstellten Wohnungen. Sieglitz er-

hielt im gleichen Zeitabschnitt einen Zuwachs von 1278, Zehlendorf von 1046 Neubaumwohnungen. Im nördlichen Berlin übertrifft nur Pankow, das von Jahr zu Jahr an Bebauung zunimmt, mit 1335 neuen Wohnungen die rege Bautätigkeit des Südens. Mehr als 1000 Wohnungen wurden ferner in Neukölln (1049) und in Treptow (1041) geschaffen; in allen übrigen Außenbezirken war die Neubautätigkeit geringer. Das Minimum erreicht Köpenick mit nur 179 Wohnungen.

Dem jetzt mehr denn je in Erscheinung tretenden Bedürfnis nach Kleinwohnungen entsprechend, bestand der weitaus größte Teil der im Laufe der sechs ersten Monate dieses Jahres errichteten Wohnungen in Wohngebäuden aus Wohnungen mit 1 bis 4 Wohnräumen (11 331 oder 88,1 Proz.), während sich die Zahl der mittelgroßen Wohnungen mit 5-6 Wohnräumen auf 1289 und die der großen Wohnungen mit 7 und mehr Wohnräumen auf nur 179 stellte.

Wie sehr sich die Drosselung des Wohnungsbaues infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage auswirkt, geht daraus hervor, daß dem Wohnungsmarkt im ersten Halbjahr 1931 nur 12 857 Neubaumwohnungen zur Verfügung gestellt werden konnten, während sich die entsprechende Zahl in der gleichen Zeit des Vorjahres auf 22 205 belief.

Platzkonzerte der Schutzpolizei-Kapelle. Die Kapelle der Schutzpolizei veranstaltet in der nächsten Zeit eine Anzahl von Konzerten auf Plätzen und in den Krankenhäusern. In letzteren spielt sie in der Zeit von 16 bis 17 Uhr, die Platzkonzerte finden an den Wochentagen von 18 bis 19 Uhr statt. Sie spielt heute im St. Joseph-Krankenhaus und im Frankpark in Tempelhof; am 20. August im Hufeland-Hospital in der Prenzlauer Allee und auf der Spielwiese Schönhauser Allee sowie im Polizeifränkhaus.

Oberbürgermeister Dr. Sahm, der Vorsitzende des Deutschen und Preussischen Städtetages, spricht am Freitag, 21. August, 18.35 Uhr, im Programm der Aktuellen Abteilung im Radio über die wirtschaftliche Lage in den deutschen Städten.

Allgemeine Wetterlage.



Deutschland lag am Dienstag weiterhin im Bereich eines kühlen westlichen Luftstromes. Die Temperaturen blieben daher allgemein ziemlich niedrig, meist unter 21 Grad Celsius. Am kältesten war es im Süden des Reiches, wo starke Bewölkung herrschte und vielfach leichter Regen fiel. Auch an der Nordseeküste war es meist recht unruhig und sehr windig. Jezt geht starker Druckfall über Westfrankreich, Spanien und dem Mittelmeer vor sich. Dadurch wird sich allmählich eine Druckverteilung herausbilden, die uns wieder Luft aus südlicheren Breiten zuführt. Der Übergang zu wärmerem Wetter dürfte sich in Begleitung von vorübergehender Bewölkungszunahme und Niederschlagsneigung vollziehen.

Wetterausichten für Berlin. Zeitweise heiter, jedoch vorübergehend starke Bewölkung mit Niederschlagsneigung, Temperaturen im ganzen wieder ansteigend. — Für Deutschland. Im Nordosten kühl und veränderlich mit einzelnen Schauern; im übrigen Reich Übergang zu wärmerem Wetter, stellenweise Niederschläge.

Sport.

Rennen zu Grunewald.

Havel-Rennen: 1. Theus (Höller); 2. Immerfort; 3. Melodel. Toto: 31:10. Platz: 17, 17, 23:10. Ferner liefen: Loe, Margot, Garde, Expeler Len.

Preis von Fegel: 1. Felciter (W. Larros); 2. Gebra; 3. Antel Sari; 4. Bommernländer. Toto: 49:10. Platz: 21, 21, 15, 37:10. Ferner liefen: Epona, A. D. H., Luzon, Jibelia, Creolin, Friedensreich, Winterfreude, Puma, Lueta, Wasmose.

Preis von Rantodshöhe: 1. Teutsche (Brinten); 2. Le Naubald; 3. Uebelnade. Toto: 49:10. Platz: 15, 17, 14:10. Ferner liefen: St. Robert, Garibaldi, Steined, Heroine, Silvius, Warigränin.

Preis vom Juliussturm: 1. Bolashyge (Breyner); 2. Schwabroner; 3. Radome Kaffie. Toto: 84:10. Platz: 19, 11, 14:10. Ferner liefen: Klavier, Terräter, Talalwache, Rodrige, Pella and Mad.

Preis von Charlottenburg: 1. Silberfisch (Grasch); 2. Sonnenglaube; 3. Gampas. Toto: 40:10. Platz: 15, 12:10. Ferner liefen: Gelben Bek, Aboe Dleuz, Baro (H. H.).

Preis der Jungfernhöhe: 1. Arminilliger (Hiller); 2. Ledda; 3. Wontagna. Toto: 68:10. Platz: 20, 17, 17:10. Ferner liefen: Fellscherin, Gassenjung, Laffio, Iwo, Quos ego, Ue.

Preis von Hakenberg: 1. Abt.; 2. Reichenbach (Schmisch); 3. Wacht; 4. Garro. Toto: 38:10. Platz: 35, 25, 31:10. Ferner liefen: Heudler, Dabicht, 2. Kerner, Adyphie, Landjunker, Chinasfeuer, Gparfette, Johri.

— 2. Abt.: 1. Wintermärchen (Narr), Hebelt (H. Rurpho); 2. Amönenwarte. Toto: 68:10 (Wintermärchen), 35:10 (Hebelt). Platz: 46, 25, 19:10. Ferner liefen: Tramoto, Götterfage, Ritterjung, Parzenländer, Samba, Marfenderin, Dogmatiker, Lamelle (totes Rennen).

Die Räuber aus Essen.

Abgefemte Verbrecher überfielen den Droschkenschaffeur.

In der Nacht zu Sonntag wurde, wie wir berichteten, auf den Droschkenschaffeur Spiegel ein räuberischer Überfall verübt.

Die jungen Burfchen, die ihn zu einer Fahrt nach Hohen-Schönhausen angenommen hatten, ließen in einer einsamen Gegend halten, bedrohten den Fahrer mit ihren Pistolen und erzwangen die Herausgabe seines Geldes. Sie nötigten den Chauffeur auch, sie nach der Stadt zurückzuführen. Unterwegs löschte Spiegel die Wagenlichter und erreichte dadurch, daß eine Schupfstreife ihn anhält und die Räuber festnehmen konnte. Beide Räuber wurden im Raubdezernat des Polizeipräsidiums eingehend verhört. Es ergab sich, daß sie in der Tat erst 22 und 23 Jahre zählen und aus Essen stammen. Auch die angegebenen Namen Frih Dehn und Johann Probs sind richtig. Die beiden Burfchen haben, wie inzwischen festgestellt ist, in ihrer Heimat ebenfalls einen Raubüberfall ausgeführt. Am 4. August, also vor 14 Tagen, drangen sie abends, kurz vor Geschäftschluß, in die Konsumfiliale eines Bergwerksvereins in der Fehlerstr. 103 in Menseffen ein, bedrohten die allein anwesende Kassakassiererin mit Pistolen und raubten aus der Kasse 90 M. Die Kassanten, die auf die Hilferufe der Verkäuferin die Verfolgung aufnahmen, wurden durch die Räuber mit Schüssen abgeschreckt. Sie entkamen dann über die Gleisanlagen des Bahnhofs Katernberg-Nord. Mit den erbeuteten 90 M. fuhren sie nach Berlin und überfielen hier den Chauffeur, als das Geld verjubelt war.

Es besteht der dringende Verdacht, daß Dehn und Probs in Berlin und im Rheinland noch mehr Straftaten auf dem Kerbholz haben. Die Nachprüfung in dieser Hinsicht ist noch im Gange.

Dewaheim-Zepfel meldet sich krank.

Spargelder für rechtsradikalen Anwalt.

Die Berliner Rechtsanwälte Dr. Hauke und Bindar haben als Verteidiger des verhafteten Dewaheim-Generaldirektors Zepfel für ihren Mandanten Haftentlassungsantrag gestellt. In der Begründung zu diesem Antrag heißt es, daß Zepfel nicht mehr hoffähig sei. Bereits vor seiner Verhaftung habe er an einer schweren Krankheit gelitten. Außerdem liege Verdunkelungsgefahr nicht mehr vor, da Zepfel den von der Staatsanwaltschaft ermittelten Tatbestand zugebe.

Zu diesen Ermittlungen gehört auch, daß Zepfel vor kurzem erst an den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Deuzag, Rechtsanwalt Dr. Brandes in Rülheim/Ruhr, einen sehr erheblichen, aus Spareinlagen stammenden Geldbetrag ohne eine zwingende Verpflichtung überwies. Rechtsanwalt Brandes, der auf diese Summe keinerlei Anspruch hatte, soll den Betrag zur Wiederbeschaffung fehlender Anwaltsgebühren benötigt haben. Brandes spielte in der rechtsradikalen Bewegung eine wichtige Rolle. Er war der Verteidiger der schleswig-holsteinischen Bombenleger.

Oefftl. Versammlungen

Mittwoch, den 19. August, 20 Uhr, im großen Saal des Lindenpark, Zehlendorf, Berliner Ecke Gartenstraße Hermann Heller, Universitätsprofessor, spricht über:

Die Lehren des Volksentscheids

Freie Aussprache. 10. Kreis — Zehlendorf.

Donnerstag, den 20. August, 20 Uhr, Aula der Hohenzollerschule, Schöneberg, Belziger Str. E. Eisenacher Str.

Siegfried Aufhäuser, M. d. R., spricht über:

Nach dem Volksentscheid — Was nun?

11. Kreis — Schöneberg.

Die Folgen der Hitler-Agitation.

Synagogenschänder in Hamburg.

Die Synagoge der portugiesisch-jüdischen Gemeinde in der Marcusstraße in Hamburg ist in der gestrigen Nacht von unbekanntem Täter heimlich eingeschlagen worden. Nach Zerstümmung einer Scheibe im Obergeschoß der Synagoge sind die Täter in das Innere eingedrungen und haben dort sämtliche Behälter, Wandchränke usw. ausgebrochen. Das in den Schränken aufbewahrte Altargerät wurde herausgerissen und schwer beschädigt. Da nichts gestohlen wurde, muß angenommen werden, daß man lediglich mit der Absicht der Schändung in die Synagoge eingedrungen ist.

Volksfest in Friedrichshagen.

Am letzten Sonntag veranstalteten die Friedrichshagener Parteigenossen ihr diesjähriges Volksfest. Wenn es trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der ständig wachsenden Not der wertvollen Bevölkerung geschah, dann, so führte der Abteilungsleiter, Genosse Engel, in seiner Begrüßungsansprache aus, in der Hauptsache aus der Erkenntnis heraus, daß der Mensch gerade in schlimmen Zeiten auch einmal der Erheiterung bedarf. Der Kurpaß war mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen wirksam geschmückt. Hauptangziehungspunkt war die auf einem Rasenrondell durchgeführte Ausstellung von Arbeiten der Ortsgruppe Friedrichshagen des „Sturmvogel“. Unter anderem wurde ein vollständiger Segelflugapparat gezeigt. Eingeleitet wurde das gelungene Fest mit einem imponierenden Festumzug durch die Straßen des Ortes. Am Marktplatz führte er an einer Jubiläumssfeier des örtlichen Kriegervereins vorbei. Die mit Bratenrock und Zylinder bekleideten Teilnehmer der Veranstaltung waren ob des unerwarteten Besuches und der vielen roten Fahnen merklich verduht. Auf dem Festplatz gelangte ein abwechslungsreiches Programm zur Durchführung. Um die Unterhaltung der zahlreich erschienenen Kinder waren die Arbeiterjugend und die Kinderfreunde in aufopferungsvoller Weise bemüht. Die Ansprache hielt Genosse Selig-Spandau. Der Ausfall des Volksentscheids sei, so führte der Redner u. a. aus, eine Etappe auf dem Wege der Befreiung des arbeitenden Volkes. Das Ziel, das es zu erstreben gelte, ist und bleibt die soziale, vom Geist des Sozialismus erfüllte Republik.

Raus bis zum letzten Faden für jeden Preis Saison-Auverkauf KARSTADT

RESTE Rest-Bestände Angestaubte Waren

Der Verderber Schacht.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten befestigt seine Schuld.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die vom ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht betriebene Drosselung der langfristigen ausländischen Anleihen eine der Hauptursachen der fehlerhaften kurzfristigen Verschuldung und des Zusammenbruchs des deutschen Kreditwesens im Juli gewesen sei. In der Zeitschrift „Maschinenbau“, die vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten herausgegeben wird, wird diese Schuld Dr. Schachts nachdrücklich unterstrichen. Es heißt dort in Heft 15 vom 6. August:

„Eine wesentliche Ursache dieser widerspruchsvollen Entwicklung lag in der Drosselungspolitik gegenüber langfristigen Auslandsanleihen, die seit Ende 1926 von dem damaligen Reichsbankpräsidenten Schacht und der auf seine Veranlassung eingerichteten und unter seinem Einfluß arbeitenden „Beratungsstelle für Auslandskredite“ betrieben wurde. Auch soweit sich diese Drosselungspolitik gegen kommunale Auslandsanleihen richtet — tatsächlich wirkte sie sich aber mittelbar auch auf die private Anleiheaufnahme aus — war sie sinnlos, solange man keine Mittel hatte, das Ausweichen in die kurzfristige Auslandsverschuldung zu verhindern. In der Tat hat sich die unter der Kapitalnot leidende Wirtschaft dadurch geholfen, daß sie jene Mittel, die ihr in der ungefährliehen langfristigen Form vorenthalten wurden, in der ungleich gefährlicheren Form des kurzfristigen Kredits doch aus dem Ausland holte... Bei diesem Sachverhalt, daß nämlich der langfristige Kapitalbedarf zu seiner Befriedigung weitgehend auf den Geldkapitalmarkt abgedrängt war, lag es natürlich besonders nahe, daß die hereingenommenen Kurz Kredite entgegen ihrer natürlichen Bestimmung zum Teil für Zwecke verwendet werden würden, aus denen sie bei Abzug nicht mit der notwendigen Kurzfristigkeit wieder heraus zu ziehen sind.“

Eine so scharfe Verdammung von Schachts Anleihepolitik, die nur unsere seit Jahren vertretene Auffassung bestätigt, ist von deutschen Unternehmern bisher noch nicht ausgesprochen worden. Und dieser Mann soll in Deutschland niemals wieder eine Rolle spielen?

Der Stand der Reichsbank.

Der Lombardfuß von 15 auf 12 Prozent herabgesetzt.

Die Reichsbank hat auf Grund des Ausweises vom 15. August beschloffen, den Lombardfuß mit Wirkung von heute von 15 auf 12 Proz. zu ermäßigen.

Diese Mitteilung der Reichsbank paßt zu dem von ihr gestern veröffentlichten Ausweis vom 15. August, der in den wichtigsten Positionen eine deutliche Normalisierung erkennen läßt, nachdem seit einigen Tagen über die fast reibungslose Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs bei Banken und Sparkassen Klarheit besteht. Wenn man bedenkt, daß in der Woche zum 15. August Berechtigungsanforderungen der Sparkassen in nicht unbedeutlichem Umfang von der Reichsbank befriedigt wurden, dann ist die eingetretene Entlastung bei den Wechsel- und Lombardkrediten um 543 Millionen Mark recht beträchtlich. Freilich wird man in der erheblichen Entlastung der Reichsbank die Auswirkung des Kredit drosselnden Notdiskonts von 15 Proz. in erster Linie erblicken müssen.

Die Wechselbestände gingen gegen die Vorwoche um 358,7 auf 3104, die Lombarddarlehen um 67,7 auf 99 Millionen zurück. Die Reichsbankwechselbestände der Reichsbank mit 116,5 Millionen vom Ende der Vorwoche wurden ausverkauft, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Absetzung der zinsfreien Gelder auf Girokonto um 255 auf 325,6 Millionen Mark. Ein Teil der Banken hat die rentable Anlage in Schatzwechseln der unverzinslichen Anlage auf dem Girokonto selbstverständlich vorgezogen, nachdem allmählich auch auf dem Geldmarkt die Verhältnisse etwas übersichtlich geworden sind.

Der Notenumlauf hat sich um 128,3 auf 4237,3, der an Rentenbankcheinen um 5,8 auf 403,3 Millionen Mark verringert. Der Rückgang des Notenumlaufes hat sich also fortgesetzt. Bei seiner Höhe ist zu berücksichtigen, daß immer noch eine nicht unerhebliche Notenmenge von Ueberhänglichen zu Hause aufbewahrt wird.

Das Deckungsverhältnis der umlaufenden Noten hat sich verbessert. Die Goldbestände wuchsen um ¼ Millionen auf 1365,8 und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 9,8 auf 317 Millionen Mark. Die Notendeckung durch Gold und Devisen betrug am 15. August 39,7 gegen 38,2 Proz. in der Vorwoche, hat sich also dem gesetzlichen Deckungsverhältnis von 40 Proz. wieder sehr genähert. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die ausländischen Notenbankkredite in dem Deckungsverhältnis eingerechnet sind.

Die geringe Zunahme der Bestände an deckungsfähigen Devisen kann nicht als erfreulich bezeichnet werden. Es wäre schlimm, wenn in den knapp 10 Millionen, die in der zweiten Augustwoche hinzugekommen sind, die Gesamtauswirkung der Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und des Notdiskonts von 15 Proz. zu erblicken wären, nachdem der Außenhandel in unerhörter Weise sich aktiviert hat und Reparationszahlungen überhaupt nicht mehr durchzuführen sind. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entwicklung der Reichsbank nicht als günstig zu betrachten.

Der Staat von Brest-Litowsk.

Politische Gefangene als Sträflinge.

Warschau, 18. August.

Wie der sozialistische „Robotnik“ mitteilt, sollen vom 1. Oktober d. J. an in den polnischen Gefängnissen die politischen Gefangenen wie Strafgefangene behandelt, also der Erleichterungen beraubt werden, die selbst der Javismus den „Politischen“ nicht verweigert hat, wenn sie nicht zur Zwangsarbeit und zum „Verlust aller Rechte“ verurteilt waren.

Dieser Tage erst ist bekannt geworden, daß über 200 politische Gefangene in Grodno, der Hauptstadt des Polen zugesprochenen Teiles von Weißrußland, in den Hungerstreik getreten sind, weil man ihnen alle diese Erleichterungen entzogen hat. Es scheint fast, als ob die Antwort der Bilschki-Oligarchie, die Polen regiert, in der „gesetzlichen“ Verallgemeinerung dieses Zustandes besteht.

Benignens ruhige Außenpolitik.

Warschau, 18. August.

Unterstaatssekretär im Außenministerium, Oberst Bedz, verteidigt in einem Interview die zurückhaltende Politik Jazelski und wendet sich gegen die Befürworter einer weitgehenden polnischen Initiative in der Außenpolitik. Jazelski habe es verstanden, aus Polen ein Element der Stabilisierung in der Welt zu machen, wodurch das polnische Ansehen gestiegen sei. Das Element der politischen Sicherheit und des politischen Vertrauens besitze einen nicht geringeren Wert als Gold in der Notenbank.

Instruktionsstunde unterm Sowjetstern.



„Wir haben jetzt sämtliche Methoden des Straßenkampfes durchgesprochen. — Wie verhält sich nun der echte Koffrontmann nach gelungener Tat?“ „Er vadrückt sich.“ „Gut. Und wenn er von der Polizei gefappt wird.“ „Dann sind's eben imma die andern jefewesen.“ „Sehr gut. Und wenn er von der verruchten Schandjustiz verurteilt wird?“ „Dann schreien wa alle A m n e s i e!“

Gleiches Recht für Sparkassen!

Programmatifche Forderungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Die Schwierigkeiten bei den Sparkassen während der Wochen der Finanzkrise haben zu Ueberlegungen geführt, wie man in kritischen Augenblicken Zahlungstodungen vermeiden, also die Liquidität (die Versorgung mit flüssigen Mitteln) der Sparkassen bessern kann.

Natürlich versuchen Interessentengruppen der Privatwirtschaft die gegenwärtige Situation zu benutzen, um alte Forderungen durchzusetzen und die öffentliche Geldwirtschaft zurückzubringen. Es handelt sich hier um Forderungen, die nicht im Interesse unserer Wirtschaft liegen. Demgegenüber betont der Vorstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Spitzenorganisation der deutschen Sparkassen, in einer Entschliessung, daß auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen die sich als notwendig ergebenden Maßnahmen zur Förderung der Liquidität der angeschlossenen Geldinstitute beschleunigt durchzuführen sind. Man ist jedoch auch der Auffassung, daß eine ausreichende Sicherung der Liquidität der Sparkassen in Krisenzeiten nur dann gegeben ist, wenn auch die Sparkassen auf einen

härteren Rückhalt bei der Reichsbank

rechnen können. Es kommt hier vor allem der Ausbau des wechselmäßigen Geschäfts in Frage.

Ganz historisch hat sich bei der Reichsbank die durch die Wirtschaftsentwicklung seit langem überholte Auffassung herausgebildet, daß die Reichsbank mit ihrer Kredithilfe nur für die Privatwirtschaft da sei. Das nicht nur für die öffentliche Wirtschaft, sondern auch für das Gewerbe und die kleinen und mittleren Betriebe wichtige, ja ausschlaggebende Gebiet des öffentlichen Geldwesens, das zum großen Teil bei den Sparkassen konzentriert ist, läßt man unberücksichtigt. Es handelt sich zweifellos bei der Reichsbank um einen Anachronismus, um eine unverantwortliche Verankerung, die möglichst schnell beseitigt werden muß. Nach dieser Richtung muß sich eine Reform der Sparkassen bewegen.

Von den 12 Milliarden Mark Einlagen bei den deutschen Sparkassen, die von 18 Millionen Sparern aufgebracht werden, sind rund 10 Milliarden Mark Spargelder, Einlagen auf Sparbücher. Der Rest ist sogenanntes Girogeld (Einlagen auf Kontokorrentkonten). Im Kontokorrentverkehr entwickelte sich hier ein kurzfristiges Kreditgeschäft vorzugsweise mit kleinen Gewerbetreibenden, aber auch mit kleinen und mittleren Industriebetrieben. Wir sind überzeugt, daß dieses Personalkreditgeschäft für die Sparkassen nicht allzu rentabel ist. Das Geschäft hat aber wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung, und man kann es schon begreifen, daß sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband entschlossen hat, sich gegen eine unnatürliche Einschränkung dieses Geschäftes mit allen Kräften zu wehren.

Gerade das kurzfristige Geschäft ist eine Garantie dafür, daß die Spargelder bei den Sparkassen liquide, also so angelegt werden, daß man sie immer schnell flüssig machen kann. Wenn das private Bankgewerbe die Sparkassenhilfe benutzen will, um die Sparkassen von diesen „bankmäßigen“ Geschäften abzudrängen, dann wird in der Endwirkung gerade das Gegenteil erreicht; die Liquidität muß bei den Sparkassen dann zurückgehen. Anders liegt es bei dem langfristigen Geschäft, bei dem Hypothekengeschäft der Sparkassen. Man hat den Sparkassen noch der Inflation immer wieder gepredigt, daß dieses langfristige Geschäft ihr eigentliches Gebiet sei. Der Sparkassen- und Giroverband hat auch den Sparkassen empfohlen, die ihnen anvertrauten Einlagen bis zu 40 Proz. langfristig anzulegen. Hier ist eine Flüssigmachung naturgemäß sehr schwer. In diesen Fällen sind die Sparkassen auch über die Grenze von 40 Proz. hinausgegangen. Der Sparkassen- und Giroverband hält es für geboten, die langfristigen Hypotheken bei den Sparkassen allmählich wieder auf die Grenze von 40 Proz. zurückzuführen.

In der Öffentlichkeit wird für die in den vergangenen Wochen eingetretene Liquidität der Sparkassen immer wieder der Kommunalkredit verantwortlich gemacht. Eine solche Auffassung

steht im Gegensatz zu der tatsächlichen Entwicklung. Die deutschen Sparkassen haben von den Gesamteinlagen

nur 17 Proz. für Kommunalkredite

verwendet. Wenn man nur die Spareinlagen berücksichtigt, errechnet sich ein Satz von 24 Proz. gegenüber der in den Satzungen vorgesehenen Grenze von 25 Proz. Es soll zugegeben werden, daß diese Grenze in einzelnen Gemeinden überschritten wurde. Einzelne Mißgriffe dürfen aber nicht zu verfehlten Maßnahmen führen, und es wäre unsinnig, die Sparkassen vom Kommunalkreditgeschäft zu trennen. Beide sind fast 100 Jahre eng verbunden. Die Spitzenorganisation wird darauf zu achten haben, daß die entsprechenden Satzungen für den Kommunalkredit überall innegehalten werden, und man ist bereit, mit schweren Strafen gegen jede Ueberschreitung der Grenze vorzugehen.

Wenn sich aus dem Kommunalkredit Schwierigkeiten ergeben haben, dann beruht das auf der Stellungnahme der Reichsbank gegenüber der Liquiditätsreserve, die die Sparkassen zahlungsgemäß in Höhe von 25 Proz. in mündelicheren Papieren — Anleihen von Gemeinden, Ländern, Provinzen und Reich — unterhalten müssen. Nach dem Gesetz sind diese Papiere von der Reichsbank zu beleihen. Die Reichsbank hat aber an der Praxis festgehalten, mit dem Lombardgeschäft zurückzuhalten. Es sind von der Reichsbank nur einzelne Werte in der Liste derjenigen Papiere registriert, die sie beleihen. In den kritischen Tagen der jetzigen Krise hat die Reichsbank sich auch geweigert, hier überhaupt Lombardkredite zu geben. Zweifellos hat das die Lage der Sparkassen unnötigerweise verschlechtert und die Unruhe gesteigert. Die Sparkassenreform muß hier eine Änderung bringen und

den Sparkassen ihr Recht

geben.

Außer der erwähnten Liquidationsreserve sind die Sparkassen gehalten, eine weitere Reserve in Höhe von 10 Proz. bei den Girozentralen, die die Sparkassen einer Provinz zusammenfassen, zu unterhalten. Die Praxis hat ergeben, daß diese Vorschrift für Krisenzeiten, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben, bei weitem nicht genügt. Vielfach verlangten die Sparkassen einen hohen Zins, was die Girozentrale wieder zwang, das Geld mit Fälligkeiten bis zu drei Monaten anzulegen. Wenn auch viele Girozentralen in der schlimmen Zeit der letzten Wochen die an sie gestellten Ansprüche durchaus befriedigen konnten, beweist das nichts gegen das Bedenkliche dieser Regelung. Der Sparkassen- und Giroverband hat die Frage erörtert, ob diese Liquiditätsreserve von 10 Proz. überhaupt genügt. Man ist der Auffassung, daß hier die Beziehungen zwischen Girozentralen und Deutscher Girozentrale, die wieder die einzelnen Girozentralen zusammenschließt, geändert werden muß. Der aufnehmende Teil muß ohne Zweifel die Deutsche Girozentrale sein. Diese kann die bei ihr zusammenfließenden Gelder der Reichsbank anvertrauen und den Sparkassen den Weg zu der Kredithilfe der Reichsbank in Krisenzeiten öffnen. Voraussetzung ist jedoch dabei, daß sich die Reichsbank bereit erklärt, diese Gelder, entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit — Girogelder werden bei der Reichsbank nicht verzinst, eine Ausnahme macht sie nur bei Beträgen der Arbeitslosenversicherung —, zu verzinsen.

Das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband entwickelte Programm hat Hand und Fuß. Wenn die Reichsbank Verständnis für das Wesen der öffentlichen Geldwirtschaft zeigt, leistet sie der Gesamtwirtschaft einen großen Dienst und trägt dazu bei, das Vertrauen in den Sparerschriften wieder herzustellen.

Rudolf Brandts, liebenbürgischer Deutscherführer und rumänischer Staatssekretär für Minderheitswesen, hat in einer Rede zu Neu-Norod u. a. den Zusammenbruch Deutschlands auf schlechte Friedensverträge zurückgeführt. Die chauvinistische Presse greift ihn deshalb heftig an und verlangt seinen Rücktritt, da ja auch Rumänien den Vertrag von Versailles unterzeichnet hat.

